

IV. Die Argumentationsstrukturen

1. Die Debatte um den Begriff

1.1. Einordnung der Begriffe Opposition und Widerstand

Der Oppositions- und Widerstandsbegriff bildet in der bundesrepublikanischen politik- und geschichtswissenschaftlichen Diskussion einen Streitfall. Es geht um 'enge' beziehungsweise 'weite' Auslegungen und Definitionen sowie darum, welche Akteure mit welchen Verhaltensformen als oppositionell oder widerständig bezeichnet werden sollen. Dabei hat das Begriffs- und Definitionsverständnis seit 1945 nicht nur erheblichen Wandlungen durch neue Fakten, historische Erkenntnisse und Interpretationen unterlegen. Neue Impulse erhält die Diskussion besonders durch die Systemumbrüche in der DDR und in Osteuropa seit 1989.

Die Forschung schreibt dem Oppositionsbegriff grundsätzlich zwei Bedeutungsebenen zu: Der einen Auffassung nach gilt Opposition allgemein als ein „diffus(er) Gegensatz oder Widerstand als soziales Verhalten“. Im engeren Sinne ist damit die „Gegnerschaft von Individuen, Gruppen, Parteien, Fraktionen usw. gegen die Regierung oder sogar die Verfassung eines politischen Systems gemeint“. Präziser gefaßt, meint der Oppositionsbegriff eine Institution im modernen Parlamentarismus: Der parlamentarischen Opposition kommt die Funktionstrias Kritik, Kontrolle und Alternative zu.¹⁴⁷

Dagegen steht die andere Auffassung, Opposition bedeute „im weiteren Sinn eine politische Kraft, die Machthaber mit dem Ziel bekämpft, entweder selbst die Macht zu übernehmen oder deren Politik die Berücksichtigung der eigenen Interessen aufzuzwingen (O gegen ein Königshaus, O-Partei, innerparteiliche, außerparlamentarische O)“. In der Politikwissenschaft wird der Begriff Opposition „zumeist einschränkend im Sinne einer als legitim anerkannten politischen Gegenkraft im

¹⁴⁷ Vgl. Wolfgang Jäger: Opposition, in: Otto Brunner, Werner Konze, Reinhart Kosselleck (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 1978, S. 469.

Institutionengefüge eines Regierungssystems gebraucht, deren typische Form in parlamentarischen Systemen (...) auftritt“¹⁴⁸.

Beide Definitionen unterscheiden nach Ansicht von Walter Euchner zwischen systemimmanenter und fundamentaler Opposition und orientieren sich an den in der politikwissenschaftlichen Forschung anerkannten Kriterien zur Typologisierung oppositionellen Verhaltens. Das Kriterium der Systemintention trennt loyale, systemimmanente von fundamentaler, systemkonträrer Opposition. Das Kriterium der Wirkungsebene berücksichtigt sowohl die parlamentarische als auch die außerparlamentarische Opposition.¹⁴⁹

Der Unterschied liegt darin, daß die erste Definition von Wolfgang Jäger systemimmanente und systemkonträre Opposition gleichberechtigt nebeneinander stellt. Die positive Verankerung von Opposition im politischen System der Bundesrepublik habe jedoch zu einer Eingrenzung des Begriffs geführt. Seine traditionellen Inhalte seien an den Rand gedrängt, wenn auch nicht vollkommen verdrängt und teilweise sogar aufgenommen worden.¹⁵⁰ Die politikwissenschaftliche Oppositionsforschung orientiere sich am engen Begriff, dem „Idealtyp“ der modernen parlamentarisch institutionalisierten Opposition“¹⁵¹.

Dessen Befürworter argumentieren damit, daß Opposition begriffsgeschichtlich an die grundsätzliche Zustimmung zur Verfassung gebunden¹⁵² und „nicht auf informelle Bereiche oder gar Widerstandsaktionen, Revolutionsversuche (...) und terroristisches Verhalten (...) gegenüber einem sozialen oder politischen Gesamtsystem zu übertragen“ sei.¹⁵³

¹⁴⁸ Walter Euchner: Opposition, in: Wolfgang Mickel (Hg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1986, S. 322.

¹⁴⁹ Vgl. ebenda, S. 323 f., zit. n. W. Steffani: Opposition, in: K. Sontheimer (Hg.): Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. München 1977, S. 428.

¹⁵⁰ Vgl. Brunner.: Geschichtliche Grundbegriffe, S. 516.

¹⁵¹ Vgl. ebenda, S. 470.

¹⁵² „Wenn Opposition sich aus dem Basiskonsens über die Verfassungsprinzipien heraus entwickelt hat, ist systemkonträre Opposition ein begriffliches Unding.“ Heinrich Oberreuter: Opposition, in: Dieter Nohlen (Hg.): Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1991, S. 431. Zur historischen Entstehung und Entwicklung der (parlamentarischen) Opposition vgl. Brunner: Geschichtliche Grundbegriffe, S. 472 ff. und Walter Euchner: Einleitung: Opposition als Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung, in: Ders. (Hg.): Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich, Göttingen 1993, S. 7 ff.

¹⁵³ Walter Euchner: Opposition, S. 324, zit. n. H.-G. Schumann (Hg.): Die Rolle der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt 1976, S. 507 f.

In der aktuellen Debatte rücken nun die vielfältigen politischen Gegenkräfte der ehemaligen kommunistischen Diktaturen in den Vordergrund:

„Es empfiehlt sich also, die Auffassung, von Opposition nur im Zusammenhang mit parlamentarischen Systemen zu sprechen, zu revidieren und den Oppositionsbegriff auch auf Gruppen und Bewegungen anzuwenden, die in Ländern ohne zureichende politische Freiheitsrechte gegen die herrschenden Verhältnisse Widerstand leisten und um die Verwirklichung von Bürgerfreiheiten kämpfen.“¹⁵⁴

Eine Neuorientierung in der Begriffsdiskussion scheint notwendig. Festzustellen ist ein Umdenken, das auf die inhaltliche Ausweitung des Oppositionsbegriffs zielt.

Der Widerstandsbegriff hat im Kontext der Forschungen zum Nationalsozialismus in der Bundesrepublik einen ständigen Bedeutungs- und Perspektivwandel erfahren: „Die Auseinandersetzungen mit den Definitionen des Widerstands lassen erkennen, daß er zu jeder Zeit etwas anderes bedeutete.“¹⁵⁵ Während die konservative Geschichtsschreibung der fünfziger Jahren nur den Widerstand des ‘20. Juli’ 1944¹⁵⁶ anerkannte und seine moralisch-ethische Dimension unterstrich¹⁵⁷, hat sich seit den sechziger Jahren die Widerstandsauffassung für neue Untersuchungsfelder geöffnet und den Blick auf die Vielfalt der Verhaltensformen und -möglichkeiten gerichtet. In den siebziger Jahren und der ersten Hälfte der achtziger Jahre trat der ‘unbekannte’, regionale, milieuspezifische und alltägliche Widerstand in den Vordergrund.¹⁵⁸

Damit ging einher, daß der Widerstandsbegriff erweitert wurde, zugleich wurden auch neue Begriffe und Definitionen geprägt. So definiert Peter Hüttenberger Wi-

¹⁵⁴ Vgl. Walter Euchner: Einleitung: Opposition als Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung, a.a.O., S. 15. Euchner faßt unter Opposition nun, anders als vorher, zivilen Ungehorsam, Verweigerung und gewaltsamen Widerstand „gegen ein Übermaß menschenrechtswidriger staatlicher Gewalt“, nicht aber „gewalttätige Ausschreitungen“ und „blanken Terrorismus“ (RAF).

¹⁵⁵ Peter Steinbach: Widerstand und Opposition in deutschen Diktaturen, in: U. Poppe: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, a.a.O., S. 60.

¹⁵⁶ Vgl. Peter Hüttenberger: Vorüberlegungen zum ‘Widerstandsbegriff’, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Sonderheft 3, Göttingen 1977, Jürgen Kocka (Hg.): Theorien in der Praxis des Historikers. Forschungsbeispiele und ihre Diskussion, S. 119 f.

¹⁵⁷ Vgl. Günter Plum: Widerstand und Resistenz, in: Martin Broszat, Horst Möller (Hg.): Das dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte, München 1983, S. 251.

¹⁵⁸ Ein Beispiel ist das Forschungsprojekt ‘Bayern in der NS-Zeit’, vgl. Broszat, Fröhlich, Grossmann: Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV, München 1981.

derstand als „jede Form der Auflehnung im Rahmen asymmetrischer Herrschaftsbeziehungen gegen eine zumindest tendenzielle Gesamtherrschaft“.¹⁵⁹

Auch Martin Broszat entfaltet das Widerstandsthema „breiter“. Sein Forschungsprojekt 'Bayern in der NS-Zeit' bezieht die „vielen 'kleinen' Formen des zivilen Mutes“ ein: Broszat lenkt die Aufmerksamkeit nicht nur auf den grundsätzlichen Widerstand, sondern auf die „vielfältigen ad-hoc-Widerstände“. Der hier entwickelte Resistenzbegriff erhebt die Wirkung widerständiger Verhaltensweisen zum ausschlaggebenden Kriterium.¹⁶⁰

Versuche größerer Differenzierung schlugen sich in Skalen nieder, die hinsichtlich ihrer Zielrichtung und Risikobereitschaft unterschiedliche widerständige Verhaltensweisen aufzeigten.¹⁶¹ Richard Löwenthals immer noch einflußreiche Unterscheidung zwischen bewußter politischer Opposition, gesellschaftlicher Verweigerung und weltanschaulicher Dissidenz zielt auf genauere Präzision. Löwenthal erfaßte mit diesen Kategorien nicht nur politisch motivierten Widerstand, sondern auch Protest gegen gesellschaftliche Teilbereiche und inneren Rückzug.¹⁶²

Heute wird Widerstand definiert als „die Auflehnung gegen beziehungsweise die Bekämpfung von staatlicher Tyrannei, Willkür- und Unrechtsherrschaft“.¹⁶³ Er richtet sich gegen die innere, aber auch äußere Bedrohung einer politischen Gemeinschaft (zum Beispiel gegen die Anweisungen einer fremden Siegermacht). Widerstand äußert sich gewaltsam oder gewaltlos, aktiv oder passiv und in vielfältigen Formen.¹⁶⁴

¹⁵⁹ Peter Hüttenberger: Vorüberlegungen, in: Kocka: Theorien in der Praxis des Historikers, a.a.O., S. 126.

¹⁶⁰ Vgl. Martin Broszat: Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, in: Broszat, Fröhlich, Grossmann: Bayern in der NS-Zeit, a.a.O., S. 693 ff.

¹⁶¹ Beispielsweise die Skalen von Eberhard Bethge und Konrad Repgen, vgl. Peter Steinbach: Widerstand und Opposition in deutschen Diktaturen, in: U. Poppe: Zwischen Selbstbehauptung..., a.a.O., S. 46 f.

¹⁶² Vgl. Richard Löwenthal: Widerstand im totalen Staat. Einleitung, in: Ders., Patrick von zur Mühlen: Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin u. Bonn 1982, S. 16 ff. In diesem Sammelband wird ersichtlich, daß die Widerstandsforschung sich auf viele Untersuchungsfelder ausgedehnt hat.

¹⁶³ Widerstand, in: Everhard Holtmann: Politiklexikon, München 1994, S. 719.

¹⁶⁴ Vgl. Herfried Münkler: Widerstand, in: Dieter Nohlen (Hg.): Pipers Wörterbuch zur Politik, München 1985, S. 1144 f.

Dieser „Facettenreichtum“ des Widerstands birgt jedoch die Gefahr historischer Verfälschung und politischer Instrumentalisierung in sich: Er habe „zu einem inflationären Wortgebrauch verführt, bei dem sich zuletzt fast jede politische Handlung als Widerstand zu etikettieren vermag.“¹⁶⁵

Der Widerstandsbegriff selbst ist weit und unpräzise. Peter Steinbach begreift ihn als „die allgemeinste und umfassendste Überwölbung eines ausdifferenzierten Begriffsfelds“. Dazu gehörten Begriffe,

„die Widerstand beschreiben, aber nicht mit Widerstand identisch sind. (...) Alle diese Begriffe beschreiben Verhaltensweisen, die eine spezifische Handlungsorientierung und auch eine spezifische Beeinflussungsmöglichkeit haben.“¹⁶⁶

Immer noch stelle sich der zeitgeschichtlichen Forschung die Frage, wie der Widerstandsbegriff zu fassen sei.¹⁶⁷

1.2. Die Begriffsvielfalt in der Enquete-Kommission

Lotet man die Enquete-Kommission auf ihre Verwendung des Widerstandsbegriffs aus, so läßt sich feststellen, daß zwischen den Wissenschaftlern, Politikern und Zeitzeugen kein Konsens über einen zentralen Begriff zur Bezeichnung abweichenden Verhaltens in der DDR erzielt wird. Zwar werden die Begriffe Opposition und Widerstand am häufigsten verwendet. Doch sind sie hinsichtlich ihres Stellenwerts und ihrer Tauglichkeit umstritten und werden durch weitere Termini ergänzt.

Die Begriffsverwendung in der Kommissionsarbeit hängt zum einen vom inhaltlichen Fokus, zum anderen von der Arbeitsmethode ab. Wo explizit nach Begriffen und ihren Definitionen gefragt wird, ist die Vielfalt größer als dort, wo in der Diskussion die Motive, Formen und Ziele oppositionellen und widerständigen Verhaltens vorherrschen. Weiterhin bestimmt der wissenschaftliche Anspruch der jeweiligen Arbeitsmethode die Begriffsdifferenzierung: Die Expertisen differenzieren stärker als

¹⁶⁵ Vgl. ebenda, S. 1145.

¹⁶⁶ Vgl. Peter Steinbach: Erinnerung und Geschichtspolitik, S. 186 f.

¹⁶⁷ Vgl. Peter Steinbach: Widerstand und Opposition in deutschen Diktaturen, in: U. Poppe: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, S. 46.

die Öffentlichen Anhörungen. Der Bericht wiederum nähert sich im Anspruch den Expertisen, ohne aber deren Vielfalt und Analysegrad zu erreichen.

Die fünf für die Begriffsbestimmung zentralen Expertisen arbeiten mit dem weitesten Begriffsspektrum. Ihre Autoren nehmen zu den Termini Opposition und Widerstand Stellung und versuchen, diese weiter zu differenzieren. Zwischen den Expertisen bestehen nur partiell Überschneidungen.

Kowalczuk plädiert für den 'weiten' Begriff widerständigen Verhaltens, der alle Verhaltensweisen umfaßt, die synonym als Opposition und Widerstand bezeichnet werden können¹⁶⁸. Um möglichst viele Verhaltensformen zu erfassen, untergliedert er diesen Oberbegriff in die vier Grundtypen: gesellschaftliche Verweigerung, sozialer Protest, politischer Dissens und Massenprotest.¹⁶⁹

Kleßmann hingegen unterscheidet nicht zwischen Ober- und Unterbegriffen. Er plädiert für den 'engen' Widerstandsbegriff, der sich auf fundamental gegen das Regime gerichtete Verhaltensweisen bezieht. Daneben stehen gleichberechtigt und nicht eindeutig voneinander abgrenzbar die Begriffe Opposition, Auflehnung, Dissidenz, Verweigerung, abweichendes Verhalten und Resistenz. Die Oppositionsbewegung der 70er und 80er Jahre, die den Schwerpunkt seines Berichts bildet, nennt er Opposition und Dissidenz.¹⁷⁰

Demgegenüber bevorzugen Jesse und Eckert Opposition als Oberbegriff. Nach Jesse ist Opposition wertneutraler und umfassender als die auf bestimmte Verhaltensformen festgelegten Termini Widerstand, Resistenz und Dissidenz¹⁷¹. Eckert zieht speziell zur Beschreibung oppositionellen Verhaltens in den siebziger und achtziger Jahren 'Opposition' als Oberbegriff heran. Die Forschung müsse ihn zeitlich, gruppen- und regionalspezifisch weiter differenzieren¹⁷². Mit Blick auf denselben Zeit-

¹⁶⁸ Ilko-Sascha Kowalczuk: Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft. Expertise, in: Materialien der Enquete-Kommission, Bd. VII, 2, S. 1220.

¹⁶⁹ Vgl. ebenda, S. 1237.

¹⁷⁰ Christoph Kleßmann: Die Opposition in der DDR vom Beginn der Ära Honnecker bis zur polnischen Revolution 1980/81. Expertise, in: ebenda, S. 1082 f. Vgl. auch ders.: Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5 (1991), S. 52-62. Kleßmann verwendet hier 'politische Opposition' und 'Dissidenz' als Oberbegriffe für die gesamte DDR-Zeit.

¹⁷¹ Vgl. Eckhard Jesse: Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in der Deutschen Demokratischen Republik. Expertise, in: Materialien der Enquete-Kommission, Bd. VII, 1, S. 997.

¹⁷² Vgl. Rainer Eckert: Die revolutionäre Krise am Ende der achtziger Jahre und die Formierung der Opposition. Expertise, in: Materialien der Enquete-Kommission, Bd. VII, 1, S. 687.

raum plädiert allein Martin Jander für eine Verengung des Oppositionsbegriffs auf die „politische Opposition“¹⁷³.

Entsprechend der oben aufgeführten Begriffsvielfalt stellt Eppelmann in der Eröffnungsrede fest, daß die Begriffe Opposition und Widerstand „angesichts der Vielfalt möglicher Verhaltensweisen in einer Diktatur (...) einer allgemeinen Begriffsbestimmung weithin entzogen“ seien. Er greift auf weitere Begriffe von NS- und DDR-Forschern zurück: „Resistenz“ (Martin Broszat), Opposition als „legale“ und Widerstand als „illegale politische Gegnerschaft“ (Karl Wilhelm Fricke), „politische Opposition“ im Unterschied zur „Dissidenz“ (Christoph Kleßmann) und „passiver“ beziehungsweise „aktiver Widerstand“ (Hans-Adolf Jacobsen).

Der Bericht nennt zusätzlich „gesellschaftliche Verweigerung“ (Löwenthal) und „Auflehnung“.¹⁷⁴ Weitere Vorschläge werden in den Zeitzeugen-Anhörungen präsentiert. Der FDP-Abgeordnete Dirk Hansen plädiert für den Begriff der „Immunität“¹⁷⁵, Hubertus Knabe für den der „unabhängigen politischen Bestrebungen“.¹⁷⁶ Der Referent Andreas Schmidt spricht von „aktive(r) Verweigerung“.¹⁷⁷

In dem Nebeneinander von Begriffen wird deutlich, daß in der Enquete-Kommission weitgehend Einverständnis über die Vielfalt oppositionellen Verhaltens in der DDR herrscht. Dennoch dominieren nach wie vor die Begriffe Opposition und Widerstand. Sie werden aber auf zwei unterschiedliche Weisen inhaltlich erweitert: Zum einen werden sie dahingehend modifiziert, daß ihnen als Oberbegriffe verschiedene Verhaltensformen zugeordnet werden können. Zum anderen, schraubt man sie auf ihre ‘enge’ Bedeutung zurück, stellt man ihnen andere Begriffe gleichberechtigt zur Seite.

Gerade dies aber hat Folgen für die Einschätzung des SED-Machtapparates und des Verhaltens der DDR-Bürger:

„Legt man einen weit gefaßten Begriff zugrunde, der auch die vielfältigen Formen der politischen Unzufriedenheit und Resistenz umfaßt,

¹⁷³ Vgl. Martin Jander: Die besondere Rolle des politischen Selbstverständnisses bei der Herausbildung einer politischen Opposition in der DDR außerhalb der SED und ihrer Massenorganisationen seit den siebziger Jahren. Expertise, in: Ebenda, S. 931 ff.

¹⁷⁴ Vgl. Protokoll der 67. Sitzung, Materialien, Bd. VII, 1, S. 14 f. und Bericht, Bd. I, S. 561 f.

¹⁷⁵ Vgl. ebenda, S. 67.

¹⁷⁶ Vgl. ebenda, S. 76.

¹⁷⁷ Vgl. ebenda, S. 182.

kommt man zwangsläufig zu dem Ergebnis, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung in Opposition zur SED-Herrschaft stand und diese bis weit in die Partei selbst hineinreichte. Nimmt man hingegen eine betont enge Definition zum Ausgangspunkt, die nur aktive, organisierte und über einen längeren Zeitraum wirkende Handlungen des politischen Widerstandes einbezieht, wird das Resümee sein, daß es in diesem Sinne keine oder nur sehr wenige Oppositionsbewegungen in der DDR gegeben hat.¹⁷⁸

1.3. Das politische System als Argument für die Begriffsbestimmung

Weil zur Begriffsbestimmung oppositionellen Verhaltens in der DDR 1994 erst wenige Untersuchungen vorlagen, fällt auf, daß die Kommissionsmitglieder Begriffe aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen und Forschungsrichtungen entlehnten. Zur Debatte standen - vor allem in den Expertisen - der parlamentarische Oppositionsbegriff, die von der SED verwendeten Begriffe und Definitionen sowie die in der NS-Forschung entwickelten Begrifflichkeiten.

1.3.1. Der parlamentarische Oppositionsbegriff

In den Überlegungen der Enquete-Kommission, ob der Begriff Opposition auf verschiedene Formen des Protestes in der DDR angewendet werden kann, spielt sein enger Zusammenhang mit westlichen politischen Systemen eine wichtige Rolle. Da sich Opposition in deren Parlamenten als Erscheinungsform herausgebildet hat, findet eine Begriffsdefinition vor diesem Hintergrund statt.

Kritik an der westlichen Oppositionsforschung wird daher vor allem von seiten der ostdeutschen Kommissionsteilnehmer laut. Es sei nötig, den „noch nicht befriedigend definierten Begriff der ‘Opposition in der DDR’ näher zu umreißen“, denn die Mehrzahl neuerer westlicher Publikationen schränke den Begriff auf das parlamentarische System ein. Opposition sei nach diesem Verständnis an die Gewährung demokratischer Grundrechte gebunden und für die DDR nicht zutreffend.¹⁷⁹

¹⁷⁸ Hubertus Knabe: Was war die ‘DDR-Opposition’?, S. 186.

¹⁷⁹ Vgl. Expertise Eckert, Materialien, Bd. VII, 1, S. 682 f.

Hier wird Kritik an einer Oppositionsforschung artikuliert, die weder die Erfahrungen im Nationalsozialismus noch in kommunistischen Diktaturen hinreichend berücksichtigt hat - ein Vorwurf an westdeutsche Wissenschaftler und Politiker, sie hätten sich mit der DDR-Opposition zu wenig auseinandergesetzt und lange Zeit allenfalls die parteiinterne Opposition in der SED wahrgenommen.¹⁸⁰

Die Kommissionsteilnehmer ziehen unterschiedliche Konsequenzen aus der Verzahnung von Opposition und parlamentarischer Demokratie. Obwohl Kowalczuk neben Opposition auch Widerstand als Handlungsmöglichkeit innerhalb der Bundesrepublik anerkennt, könnten

„die vornehmlich auf die westlichen Demokratien eingeengten Begriffe (...) nur schwerlich auf die Verhältnisse in totalitär verfaßten Gesellschaften angewendet werden. Einerseits konvergieren in solchen Systemen die Begriffe. Ihre Grenzen verwischen sich. Andererseits besitzen Opposition und Widerstand in ihnen eine andere Basis, eine andere gesellschaftliche Einbindung, wenn auch die idealtypischen Zielvorstellungen nicht gänzlich verschieden sein müssen.“

Kowalczuk schlägt vor, sich zur schärferen Begriffsbestimmung für Opposition und Widerstand in der DDR an der Widerstandsforschung zum Nationalsozialismus zu orientieren.¹⁸¹

Die Zeitzeugin Katrin Eigenfeld lehnt ebenfalls den parlamentarisch 'vorbelasteten' Oppositionsbegriff als politisch zu festgelegt ab: „Wenn wir jetzt im Lexikon nachschlagen, was da unter dem Wort 'Opposition' steht, werden wir dort etwas anderes finden.“ Sie befürchtet Geschichtsverfälschung und plädiert für die Beschränkung auf den Begriff Widerstand:

„Wenn jetzt in die Geschichte eingeht, daß es in der DDR eine Opposition gegeben hat - es ist ja klar definiert, was das ist -, so könnte es da unter Umständen zu Irritationen kommen. Mir gefällt 'Widerstand' eigentlich besser. (...) ich bin jetzt in der Opposition, das heißt, mit meiner Bewegung sitze ich in einem Parlament in der Opposition.“¹⁸²

Beiden Argumenten liegt die Abgrenzung der demokratischen Bundesrepublik von der 'totalitären'¹⁸³ oder diktatorischen DDR zugrunde. Unterschiedliche Begriffe

¹⁸⁰ Vgl. ebenda, S. 683 f.

¹⁸¹ Vgl. Expertise Kowalczuk, Materialien, Bd. VII, 2, S. 1214.

¹⁸² Materialien, Bd. VII, 1, S. 261 f.

¹⁸³ Nach Siegfried Jenkner dient der Begriff 'totalitär' bzw. Totalitarismus zur „Charakterisierung der modernen Erscheinungsform monopolisierter und unumschränkter, alle Bereiche des politischen, ge-

zur Bezeichnung oppositionellen oder abweichenden Verhaltens sollen kenntlich machen, daß die DDR ein 'anderes' System war. An diesem Beispiel ist erkennbar, wie Begriffsveränderungen auf die Realität reagieren, zugleich aber auch ein Bild von ihr vermitteln und letztlich Realität formen können.

Demgegenüber halten es sowohl der SPD-nahe Geschichtswissenschaftler Eckert als auch der konservative Historiker Jesse für angebracht, die Auffassung zu revidieren, von Opposition nur im Zusammenhang mit parlamentarischen Systemen zu sprechen und den Oppositionsbegriff auch auf Gruppen und Bewegungen anzuwenden, die in Ländern ohne zureichende politische Freiheitsrechte Widerstand leisten.¹⁸⁴ Eckert fordert zur Lösung des Begriffsproblems, den Oppositionsbegriff weit zu fassen, um einerseits Widerstandsaktionen, Revolutionsversuche und terroristisches Verhalten gegenüber einem politischen Gesamtsystem einzubeziehen, andererseits aber auch Gruppen zu erfassen, die nur die Reform des jeweiligen Systems anstrebten.¹⁸⁵ Er beabsichtigt, auch jene Oppositionelle der siebziger und achtziger Jahre in die Definition zu integrieren, die die DDR nicht grundsätzlich in Frage gestellt haben. Gerade aber deren demokratische Gesinnung macht Jesse zur Voraussetzung dafür, den Oppositionsbegriff auch für die DDR (trotz ihres Diktaturcharakters) aufrechtzuerhalten. Anders als Eckert bezieht Jesse den Oppositionsbegriff besonders auf jene, die gegen die herrschenden Verhältnisse Widerstand leisteten. Denn „nicht zuletzt fanden viele aus diesen oppositionellen Bürgerbewegungen im Verlauf der 'friedlichen Revolution' des Herbstes 1989 den Weg in ein demokratisches Parlament.“¹⁸⁶ Deutlich wird nicht nur, daß Jesse sich unter Bezug auf das demokratische System der Bundesrepublik von der DDR distanziert,¹⁸⁷ sondern dieses Plädoyer für

sellschaftlichen und kulturellen Lebens umfassender Herrschaftsausübung“. Die Reichweite und Berechtigung des Begriffs sei umstritten. Zudem sei der Begriff auch als politischer Kampfbegriff verwendet worden, in: W. Mickel (Hg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1986, S. 521.

¹⁸⁴ Vgl. Expertise Eckert, S. 683 u. Expertise Jesse, S. 994.

¹⁸⁵ Vgl. Expertise Eckert, S. 683.

¹⁸⁶ Vgl. Expertise Jesse, S. 994 ff.

¹⁸⁷ Vgl. auch Walter Euchner: Opposition als Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung. Euchner revidiert den engen Oppositionsbegriff unter Einschränkungen: „Zu bedenken ist allerdings, daß der Begriff der Opposition, der sich in den politischen Traditionen der westlichen Länder herausgebildet hat, einen zivilisatorischen Bedeutungsgehalt besitzt. Er setzt beim Akteur oder beim politischen System, in dem Opposition stattfindet, ein gewisses Niveau der politischen Kultur voraus. Ziviler Ungehorsam, Verweigerung, auch gewaltsamer Widerstand gegen ein Übermaß menschenrechtswidriger staatlicher Gewalt, können dem Begriff entsprechen - gewalttätige Ausschreitungen oder gar blanker Terrorismus, etwa der der Roten Armee Fraktion (RAF), jedoch nicht.“ S. 15.

den Oppositionsbegriff ein Integrationsangebot an ehemalige DDR-Oppositionelle bedeutet.

1.3.2. Der Oppositionsbegriff der SED

Die Enquete-Kommission läßt keinen Zweifel daran, daß die Oppositionsdefinitionen der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) nur unter Vorbehalt herangezogen werden sollen. Die Expertisen- und Berichtsautoren begründen ihre Skepsis wiederholt mit einem Zitat aus dem 'Kleinen Politischen Wörterbuch' der DDR, in dem die Existenz von Opposition im SED-Staat grundsätzlich geleugnet wurde:

„In sozialistischen Staaten existiert für eine Opposition keine objektive soziale und politische Grundlage, denn die Arbeiterklasse - im Bündnis mit allen anderen Werktätigen - ist die machtausübende Klasse und zugleich Hauptproduktivkraft der Gesellschaft, deren Grundinteressen mit denen der anderen Klassen und Schichten prinzipiell übereinstimmen.“¹⁸⁸

Diese Definition belege, daß Opposition in der DDR „als prinzipiell systemwidrig charakterisiert“ und der bürgerlichen Gesellschaft zugerechnet¹⁸⁹ wurde. Die SED leugnete jegliche Opposition trotz deren realer staatlichen Verfolgung und tilgte den Terminus aus dem DDR-Wortschatz.¹⁹⁰ Jedoch müsse zwischen den öffentlichen und internen Äußerungen der SED und des MfS unterschieden werden.¹⁹¹ Es seien „immer wieder Erklärungen, Beschlüsse und Verlautbarungen bekannt geworden, die sich - oftmals freilich mehr zwischen den Zeilen - mit Erscheinungen auseinandersetzen, die es offiziell gar nicht gab.“¹⁹² Denn infolge der Politisierung selbst von Alltagshandlungen seien die SED und das MfS nicht in der Lage gewesen, „oppositionelle Bürgerrechtsgruppen anders als 'feindlich-negativ' zu begreifen.“ Die Widerstands- und Oppositionsforschung müsse bei quellenkritischer Arbeit den

¹⁸⁸ Kleines Politisches Wörterbuch. Berlin 1983, S. 694, zitiert in: Expertise Jesse, Bd. VII, 1, S. 1028, Eckert, Bd. VII, 1, S. 684, Kowalczyk, Bd. VII, 2, S. 1223 (Ausgabe von 1967) sowie im Bericht der Enquete-Kommission, Bd. I, S. 563.

¹⁸⁹ Vgl. Materialien, Bd. I, S. 563.

¹⁹⁰ Vgl. Expertise Jesse, Bd. VII, 1, S. 994.

¹⁹¹ Expertise Kowalczyk, Bd. VII, 2, S. 1223.

¹⁹² Expertise Kowalczyk, S. 1226.

Tatbestand berücksichtigen, daß „in Diktaturen schon nonkonformes Verhalten als regimefeindlich angesehen“ werde.¹⁹³

So bezieht sich die Kommission verschiedentlich auf die in den SED- und MfS-Akten ersichtlichen Einordnungsversuche der Opposition. Eckert thematisiert sie im Kapitel „Die Sicht der Staatssicherheit auf die Opposition in der DDR“¹⁹⁴, Kowalczyk im Kapitel „Die SED und der Widerstand“¹⁹⁵. Aufschlußreich seien die Dokumente des Ministeriums für Staatssicherheit: Dienstanweisungen und Dissertationen vermitteln einen Einblick darüber, wer als oppositionelle Kraft eingestuft wurde. Das Wörterbuch des MfS von 1985 faßt verschiedene Kategorien und Erscheinungen definitorisch zusammen, die für die Bekämpfung der Opposition relevant waren. Allerdings seien diese internen Kategorien des MfS ideologisch gefärbt und „nicht geeignet, den Widerstand in der DDR in all seiner Vielfalt aufzuspüren. Dazu war die Anwendung wie die Bearbeitung und Verfolgung durch das MfS zu unsystematisch.“¹⁹⁶ Demgegenüber zitiert Jesse eine „einschlägige“ Dissertation, die im Auftrag des MfS das Thema „politischer Untergrundtätigkeit“ (PUT) bearbeitet und „die recht breite soziale Basis der oppositionellen Gruppierungen“ eingeräumt habe. Sie führe eine Skala ‘feindlich-negativen Verhaltens’ von ‘Protestverhalten’ über ‘Nichtzusammenarbeit/Obstruktion’ bis hin zu ‘zivilem Ungehorsam/Widerstand’ auf.¹⁹⁷

¹⁹³ Vgl. Materialien, Bd. I, S. 562 f. Laut Hubertus Knabe muß eine Widerstandsdefinition die Staats- und Parteisicht einbeziehen: „Politische Widerspruchshandlungen können nicht aus sich heraus definiert werden, sondern müssen in Bezug gesetzt werden zu einer anderen - in der Regel übergeordneten - politischen Größe, gegen die sie sich formieren.“ In der DDR seien Produktion und Definition von politischem Widerspruch zu einer unauflösbaren Dialektik verschmolzen: „Ein politisches oder ideologisches Postulat konnte eine Haltung oder Handlung, die für sich genommen gar nicht gegen das System gerichtet waren (zum Beispiel der Besuch eines Gottesdienstes oder das Tragen langer Haare), als Widerspruch erscheinen lassen“. Negative Sanktionen beeinflussten seine weitere Entwicklung. Das erschwere die „Bestimmung dessen, was die SED als politischen Widerspruch betrachtete“. Vgl.: Was war die ‘DDR-Opposition’? S. 186 f.

¹⁹⁴ Vgl. Expertise Eckert, Bd. VII, 1, S. 688 ff.

¹⁹⁵ Vgl. Expertise Kowalczyk, Bd. VII, 2, S. 1221 ff.

¹⁹⁶ Vgl. ebenda, S. 1227 f. Das Wörterbuch des MfS versteht unter einem ‘Feind’ diejenigen Personen, „die in Gruppen oder individuell dem Sozialismus wesensfremde politisch-ideologische Haltungen und Anschauungen absichtsvoll entwickeln und in ihrem praktischen Verhalten durch gezieltes Hervorrufen von Ereignissen oder Bedingungen, die die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung generell oder in einzelnen Seiten gefährden oder schädigen, eine Verwirklichung dieser Haltungen und Anschauungen anstreben.“, zit. n. Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur ‘politisch-operativen Arbeit’, Berlin 1993, S. 110.

¹⁹⁷ Werner Grabsch u.a.: Das aktuelle Erscheinungsbild politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und wesentliche Tendenzen seiner Entwicklung. Diss., Potsdam 1988, S. 246. Zitiert in Expertise Jesse, Bd. VII, 1, S. 1013.

Die zentralen Aussagen der Expertisen und des Berichts lauten, die SED und das MfS hätten jede Opposition verboten und verleugnet. Zweierlei soll dadurch offensichtlich werden: Die DDR war ein undemokratischer Staat, die SED und das MfS waren ihre unglaublichen Institutionen. Eine Distanzierung von den Begriffen und Definitionen eines menschenrechtsverachtenden Systems scheint nach Aussagen der Kommission grundsätzlich geboten, zumal interne Beschreibungen „immer die Sicht der Staatssicherheit (blieben), die viele Informationen falsch interpretierte und der andere nicht bekannt war.“¹⁹⁸ Es sei, so Eckert, „äußerst problematisch, für die Beurteilung der DDR-Opposition die SED-Sicht heranzuziehen, wie es immer wieder versucht wird.“¹⁹⁹ Hier deutet sich die Debatte um die Glaubwürdigkeit von DDR-Akten an, die in anderen Arbeitsbereichen und außerhalb der Kommission erbittert geführt wird.²⁰⁰

Dennoch besteht seitens der Kommission ein großes Interesse an der staatlichen Einschätzung und Bezeichnung der Opposition. Dieses Interesse ist einerseits wissenschaftlicher Art und wird teilweise durch persönliche Erfahrungen mit dem DDR-Unrechtssystem bedingt. Andererseits kann das Anliegen der ehemaligen Oppositionellen auch darin bestehen, die postume Veröffentlichung interner SED- und MfS-Definitionen als Beweis für die eigene, in der Öffentlichkeit umstrittene Rolle zu verwenden. Behauptungen, die auf die Bedeutungslosigkeit der DDR-Opposition zielen, können mit dem Verweis entkräftet werden, daß die SED der Opposition ihre Systemwidrigkeit bescheinigt und kleinste Handlungen kriminalisiert hat. Diese Kriminalisierung von Alltagshandlungen käme sogar dem weitgefaßten Oppositions- und Widerstandsverständnis entgegen, das von der Kommission unterstützt wird.

¹⁹⁸ Expertise Eckert, Bd. VII, 1, S. 689 f.

¹⁹⁹ Ebenda, S. 686.

²⁰⁰ Zum einen stehen die Akteninhalte im Vordergrund. Ihre Verzerrung dient zur Begründung von Schlußstrich-Forderungen oder aber zur Reinwaschung der eigenen 'verleumdeten' Biographie. Zum anderen wird immer wieder die Forderung nach wissenschaftlichem Umgang mit den Akten laut: „Die eifertige Bereitstellung tagespolitisch verwendbarer Enthüllungshistorie in Form kaum verarbeiteter und deshalb leicht instrumentalisierbarer Aktenfunde ist dem Ansehen der historischen Wissenschaften in der Öffentlichkeit nicht gerade förderlich.“ Jürgen Kocka: Von der Verantwortung der Zeithistoriker, Frankfurter Rundschau, a.a.O. Politik- und Geschichtswissenschaftler werfen sich unsaubere Methoden vor; oft scheinen sich dahinter weitere Meinungsverschiedenheiten und Rivalitäten zu verbergen.

1.3.3. Die Forschung zum Widerstand im Nationalsozialismus

Beim Versuch der Begriffsbestimmung oppositionellen Verhaltens in der DDR hat im Arbeitsbereich VI der Kommission der Bezug zur NS-Widerstandsforschung dominiert: In Anbetracht der unzulänglichen westlichen und DDR-offiziellen Oppositionsdefinitionen, formuliert Eckert, sei es

„naheliegender, den Versuch zu unternehmen, die Ergebnisse der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus als heuristisches Modell auf die Opposition und die kollektiven Verhaltensweisen der Bevölkerung in der DDR anzuwenden.“²⁰¹

Die Expertisen stimmen darin überein, daß diese eine wichtige Ausgangsbasis für die Erforschung von Widerstand und Opposition in der DDR bilden.

Das Heranziehen von NS-Forschungsergebnissen wird mit der Vergleichbarkeit des DDR- und NS-Systems begründet, da es sich bei beiden um Diktaturen gehandelt habe. Aus der Geschichte des Nationalsozialismus seien zwar die methodischen Probleme einer angemessenen Erfassung und Beurteilung des Themas hinreichend bekannt²⁰². Die Schwierigkeiten jedoch begannen schon bei dem Versuch der begrifflichen Definition. Bis heute sei es problematisch, die genauen Grenzlinien zu ziehen.²⁰³ Dennoch bewertet Kleßmann die Differenzierung des Widerstandsbegriffs in der NS-Forschung als nützlich für eine begriffliche Klärung des Bildes in der zweiten deutschen Diktatur:

„Die Ergebnisse dieser historischen Forschung können durchaus Anhaltspunkte und Leitlinien liefern, um Grundzüge und Besonderheiten von Widerstand und Opposition auch in anderen zeitlichen, politischen und ideologischen Zusammenhängen - in diesem Fall der DDR - zu analysieren.“²⁰⁴

Kowalczyk bezeichnet sogar die theoretische und empirische NS-Forschung als einen unverzichtbaren Ausgangspunkt für die DDR-Widerstandsforschung:²⁰⁵ Ein Vergleich könne eine schärfere Begriffsbestimmung für Opposition und Widerstand

²⁰¹ Expertise Eckert, S.684.

²⁰² Expertise Kleßmann, S. 1081.

²⁰³ Materialien, Bd. VII, 1, S. 13.

²⁰⁴ Expertise Kleßmann, S.1081.

²⁰⁵ Vgl. Expertise Kowalczyk, S. 1220.

in der DDR bewirken.²⁰⁶ Die Öffentlichen Anhörungen und der Abschlußbericht unterstützen den Bezug auf die NS-Widerstandsforschung ebenfalls.²⁰⁷

Die Expertisen, die zu den Forschungsergebnissen über Widerstand im Nationalsozialismus inhaltlich Stellung nehmen, vernachlässigen die Forschungen der fünfziger und sechziger Jahre - und folglich den engen Widerstandsbegriff (abgesehen von dem knappen Überblick bei Kowalczuk²⁰⁸). Das Hauptaugenmerk gilt statt dessen den Ergebnissen der NS-Widerstandsforscher Martin Broszat und Richard Löwenthal.²⁰⁹

Der weitgefaßte, umstrittene Resistenzbegriff²¹⁰ von Broszat läßt sich nach Kleßmann auch für andere Diktaturen verwenden und somit auf die DDR-Opposition übertragen.²¹¹ Eckert hingegen betont, Broszat bezeichne mit Resistenz die „der totalitären Herrschaft am meisten gemäße, ihr also typologisch entsprechende Form der Opposition“²¹². Nachdenkenswert sei vor allem dessen Herangehensweise, sich mit den vernachlässigten Formen oppositionellen Verhaltens auseinanderzusetzen: Der Resistenzbegriff umfasse mit „den ‘Kleinformen’ des zivilen Mutes“ ein breiteres Spektrum von Verhaltensweisen als der Widerstandsbegriff.²¹³

Demgegenüber begrüßt Kowalczuk die Erweiterung des Widerstandsbegriffs in den siebziger und achtziger Jahren. Nach Peter Hüttenbergers Definition bedeute Widerstand „jede Form der Auflehnung im Rahmen asymmetrischer Herrschaftsbeziehungen gegen eine zumindest tendenzielle Gesamtherrschaft“²¹⁴. Sie lasse Verhaltensweisen ins Blickfeld der Widerstandsforschung geraten, die unter symme-

²⁰⁶ Ebenda, S. 1214.

²⁰⁷ Vgl. Bd. VII, 1, S. 14 (Rainer Eppelmann) und S. 74 (Karl Wilhelm Fricke) sowie Bd. I, S. 562.

²⁰⁸ Vgl. Expertise Kowalczuk, S. 1214 f.

²⁰⁹ Vgl. Martin Broszat: Resistenz und Widerstand, a.a.O.; Richard Löwenthal: Widerstand im totalen Staat, in: Ders.: Widerstand und Verweigerung, a.a.O., S. 11 - 24, zitiert nach: Expertise Kowalczuk, S. 1241.

²¹⁰ „Resistenz...bedeutet ganz allgemein: wirksame Abwehr, Begrenzung, Eindämmung der NS-Herrschaft oder ihres Anspruchs, gleichgültig von welchen Motiven, Gründen oder Kräften her.“ M. Broszat, Resistenz und Widerstand, zitiert in: Expertise Kleßmann, S. 1082 f.

²¹¹ Expertise Kleßmann, S. 1082.

²¹² Expertise Eckert, S. 685.

²¹³ Vgl. ebenda, S. 1000.

²¹⁴ P. Hüttenberger, Vorüberlegungen, in: J. Kocka, a.a.O., hier S. 126, zitiert nach: Expertise Kowalczuk, S. 1216.

trischen Herrschaftsbeziehungen überhaupt keine politische Bedeutung beanspruchen könnten: „Diese Erkenntnis ist wichtig für die DDR-Geschichte“, denn der DDR-Historiker könne nun einerseits die vom Staat politisierten und zum Widerstand hochstilisierten Verhaltensformen berücksichtigen. Andererseits müsse er Verhaltensweisen in den Blick nehmen, „die scheinbar einen unpolitischen Anspruch besitzen, die die Akteure aber als bewußte politische Gegenwehr einsetzen“ oder denen „zwar keine politische Intention zugrundelag, die aber objektiv widerständiges Verhalten darstellten.“²¹⁵ Als brauchbarer bezeichnet Kowalczuk den umfassenderen und wertneutraleren Resistenzbegriff von Broszat. Dieser messe das Verhalten an der realen gesellschaftlichen Situation und ihren Möglichkeiten; Konformität und Nonkonformität stellten ein Neben- und Miteinander dar.²¹⁶ Kowalczuk plädiert aber für eine genauere Typologie widerständigen Verhaltens und hebt Löwenthals Untergliederung in die drei Grundformen „politische Opposition“, gesellschaftliche Verweigerung“ und „weltanschauliche Dissidenz“ hervor.²¹⁷

Bei der Überlegung, ob die Ergebnisse und Begriffe aus der Widerstandsforschung zum Nationalsozialismus auf die DDR übertragbar sind, geht es nicht nur um den Vergleich der Opposition- und Widerstandsformen, sondern im Kern um die Frage eines Systemvergleichs. Zwar setzt die Kommission die DDR nicht mit dem NS-Staat gleich. Eine ‘Nähe’ wird jedoch angedeutet, indem sie beide Systeme als Diktaturen definiert und sich zur Analyse oppositionellen Verhaltens in der DDR auf die NS-Forschungsergebnisse stützt.

²¹⁵ Die Ausweitung des Begriffs ist wissenschaftlich nicht unumstritten: „Die Gefahr der Definition liegt aber gerade in der Ausweitung der Untersuchungsfelder, in der Breite der angenommenen Widerständigkeit und in der Beliebigkeit der Begriffe ‘Leistungsverweigerung’ und ‘Auflehnung’.“ Peter Steinbach kritisiert die „Beliebigkeit der Manifestationen von Widerständigkeit. Eine Weitung des Blicks (...) korrespondiert mit der Gefahr mangelnder Trennschärfe von Handlungsformen des Widerstands.“ Vgl. *Widerstand und Opposition in deutschen Diktaturen*, in: U. Poppe: *Zwischen Selbstbehauptung...*, a.a.O., S. 51 f.

²¹⁶ Vgl. Expertise Kowalczuk, S.1216 f.

²¹⁷ R. Löwenthal, *Widerstand im totalen Staat*, S. 13 f, zitiert nach: Expertise Kowalczuk, S. 1218 f.

1.4. Der Sonderfall DDR

1.4.1. Das DDR-System

In der Diskussion über das politische System der DDR wendet sich Kleßmann in seiner Expertise als einziger gegen den Totalitarismusbegriff, dessen analytische Brauchbarkeit er bezweifelt. Zwar könnten im Zusammenhang mit den Überlegungen zur Begriffsbestimmung die Ergebnisse der historischen NS-Forschung durchaus Anhaltspunkte zur Untersuchung von Widerstand und Opposition in der DDR liefern: Denn Dissens und Konsens seien in der gesellschaftlichen Realität sowohl totalitärer als auch nicht-totalitärer Diktaturen kaum klar voneinander getrennt.²¹⁸

Jedoch warnt Kleßmann, eine vorschnelle Gleichsetzung beider Diktaturen vorzunehmen. Zudem liefere die NS-Forschung nur unzureichend Erkenntnisse für die Begriffsbestimmung. Vielmehr müßten die Besonderheiten der DDR berücksichtigt werden. So sei der für den Untergang der kommunistischen Systeme zentrale Begriff der 'Dissidenz' nur in Ansätzen im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus verwandt worden. Diese Form politischen Verhaltens aber habe die achtziger Jahre in der DDR geprägt.²¹⁹

Im Gegensatz zu Kleßmann spricht Eckert vom „totalen Herrschaftsanspruch der SED“ und in diesem Zusammenhang von den Bestrebungen oppositioneller Gruppen gegen die Allmachtsansprüche eines „totalen“ Staates. Diese Formulierung scheint mit Bedacht als Abgrenzung gegenüber der Bezeichnung Totalitarismus gewählt worden zu sein: Noch müsse erforscht werden, ob Opposition in den siebziger und achtziger Jahren in der DDR „typologisch der Opposition im Totalitarismus entsprach.“²²⁰

Auch Kowalczyk vermeidet bewußt den Terminus Totalitarismus. Er bezeichnet die DDR statt dessen als totalitär verfaßte Gesellschaft mit „totalitären und partiell in-

²¹⁸ Vgl. Kleßmann, S. 1080 f.

²¹⁹ Kleßmann zufolge bedeutet Dissidenz „bewußte, wenn auch partielle Verweigerung und Abweichung von vorgegebenen Normen. Sie ist keine Flucht in die noch bestehenden gesellschaftlichen Nischen, sondern enthält ein charakteristisches Element des demonstrativen moralischen Protests. Aus der Sicht von Staat und Partei kam ein solcher Protest eindeutig politischer Opposition gleich.“ Ebenda, S. 1082 f.

²²⁰ Vgl. Expertise Eckert, S. 686 f.

humanen Erscheinungen“. Folglich könne die DDR-Forschung dort an die NS-Forschungen anknüpfen, wo es um gesellschaftliche Erscheinungsbilder totalitärer Regime gehe: „Die Debatte um den Widerstand während der NS-Zeit gehört ohne Zweifel dazu.“²²¹ So begnüge sich eine totalitär verfaßte Gesellschaft nicht mit dem Verzicht ihrer Bürger auf ein eigenständiges politisches Handeln: „Das Regime verlangte ‘den aktiven Einsatz in seinem Sinne’. (...) Insofern ist schon eine Form des Widerstandes, des widerständigen Verhaltens im Nicht-Handeln, im Nicht-Mitmachen zu sehen.“²²² Kowalczyk begründet damit sein Plädoyer für den weitgefaßten Widerstandsbegriff.

Ein direkter Vergleich zwischen der DDR- und der NS-Forschung verbiete sich jedoch, habe doch die DDR nicht zwölf, sondern einschließlich der SBZ-Zeit vierundvierzig Jahre existiert: „Hier spielen also noch viel stärker Mentalitäts- und Bewußtseinsveränderungen wie auch Generationskonflikte eine wichtige Rolle.“ Die DDR habe zugleich von massenhafter Unterstützung und massenhaftem Widerstand gelebt. „Dabei ist es überhaupt nicht schizophren, daß eine Person sowohl Exekutor wie Widerständler sein konnte.“²²³

Demgegenüber bezeichnet Jesse die SED-Diktatur unter Ulbricht als eindeutig totalitär. Mit der Machtübernahme Honeckers habe sich seit Anfang der siebziger Jahre „eine ‘Liberalisierung’ zumindest in der Kulturpolitik bemerkbar“²²⁴ gemacht. Hier taktiert Jesse. Vordergründig scheint er die Bezeichnung ‘totalitär’ für die Honecker-Ära zu revidieren, setzt jedoch das Wort Liberalisierung in Anführungsstriche und läßt offen, ob eine großzügigere Handhabung der Kulturpolitik schon den ‘Ausstieg’ aus einer totalitären Herrschaftsweise bedeutet. Denn schließlich, bemerkt er weiterhin, sei eine gewisse Lockerung nach innen nur kurzzeitig und nicht in allen Lebensbereichen erfolgt, das Vorgehen gegen die Opposition immer subtiler geworden.

²²¹ Vgl. Expertise Kowalczyk, S. 1220.

²²² Ebenda, S. 1235.

²²³ Ebenda, S. 1221. Auch Johannes L. Kuppe betont, daß die „zwar wesentlich länger dauernde, vierzigjährige, aber mit zweifellos schwächerem Verbrechenspotential belastete und niemals demokratisch legitimierte SED-Herrschaft (...) eine bestimmte Form von gesellschaftlicher Normalität habe(n) entstehen lassen, was die strenge Scheidung zwischen Opfern und Tätern in jedem Einzelfall erheblich erschwerte, an das Differenzierungspotential von Geschichtswissenschaft, Politik und Gesellschaft ganz andere Anforderungen als die Verbrechen der Nazi-Täter“ stelle. Was bei der Aufarbeitung von Vergangenheit zu bedenken ist, in: Deutschland Archiv 9 (1992), S. 978.

²²⁴ Vgl. Expertise Jesse, S. 997 f.

Damit bewegen sich die Expertisen in dem von der Enquete-Kommission abgesteckten Rahmen, denn bereits im Vorwort zum Bericht formuliert der Vorsitzende Rainer Eppelmann: „Die SED trug die volle Verantwortung für die Geschichte und Folgen ihrer vierzigjährigen totalitären Herrschaft im östlichen Teil Deutschlands!“²²⁵ Die Kommission bezeichnet demnach nicht die DDR-Gesellschaft, sondern die SED-Herrschaft als totalitär. Das impliziert als politische Aussage die Alleinverantwortung der SED und eröffnet die Möglichkeit, die Gesellschaft im Nachhinein zu entlasten und in ihr noch vorhandene Freiräume zu benennen.

Zwar wird einvernehmlich die DDR nicht mit dem NS-Staat gleichgesetzt: „Was sie (...) immer voneinander abheben wird, war eine im NS-Staat praktizierte menschenverachtende Ideologie, die zu Krieg, Massenmorden und Völkermord führte.“²²⁶ Wenn aber die DDR dennoch in die Nähe des totalitären NS-Staates gerückt wird, hat das neben der Absicht des wissenschaftlich legitimen Vergleichs die politisch beabsichtigte Wirkung, die DDR zu delegitimieren.²²⁷ Zum einen ist es vor allem für ostdeutsche Wissenschaftler von Bedeutung, sich von der DDR zu distanzieren, um keinen Zweifel an ihrer politischen Einstellung und Glaubwürdigkeit aufkommen zu lassen. Zum anderen geht es um die Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik um die ‘alte’ DDR-Forschung vor 1989. Westdeutsche konservative Wissenschaftler, die wie Eckhard Jesse vor der Vereinigung Anhänger der Totalitarismus-Theorie und entschiedene DDR-Gegner waren, sind daran interessiert, diese Theorie im Nachhinein bestätigt zu sehen. Denn dies bedeutet zugleich eine ‘Niederlage’ der linksgerichteten systemimmanenten Interpretation, die sich in den sechziger Jahren

²²⁵ Materialien, Bd. I, S. VIII.

²²⁶ Expertise Kowalczyk, S. 1220.

²²⁷ Diese Debatte wird außerhalb der Enquete-Kommission und in anderen Bereichen der Kommissionsarbeit viel kontroverser und emotionaler geführt, vgl. die Öffentlichen Anhörungen im Mai 1994 ‘Zur Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart, I und II, Materialien Bd. IX, S. 574 ff. u. 676 ff. Die PDS-nahe Zeitung Neues Deutschland versuchte, den hier getroffenen Diktaturenvergleich zur Vertiefung des ‘Ost-West-Grabens’ zu nutzen: „Ist es legitim, Nazi-Regime und SED-Herrschaft zu vergleichen? Diese Frage ist seit Jahre umstritten. Während es die einen als ganz normale Sache betrachten, empfinden nicht wenige ehemalige DDR-Bürger einen solchen Vergleich als Beleidigung.“ Die Debatte wird als „wesentlicher Teil westdeutschen Selbstverständnisses“ bezeichnet und somit als Angelegenheit der Westdeutschen und den Ostdeutschen aufoktroiyert dargestellt. Wolfgang Hübner: Neue Runde im beliebten Diktaturen-Vergleich. Schlußakkord der Bundestags-Enquetekommission: Vergleiche zwischen DDR und Drittem Reich, in: ND, 5.5.94.

gegenüber dem Totalitarismuskonzept durchgesetzt hat²²⁸, und einen Gesichtverlust der linken DDR-Anhänger. Die Debatte ist laut Kleßmann ein Kampf um Deutungskompetenz und dient der Identitätsbildung und Interessenvertretung der jeweiligen Historikergruppen.²²⁹

Weiterhin bewirken der Vergleich von NS-Staat und DDR sowie die Begriffsübertragung aus der NS-Widerstandsforschung die Aufwertung der DDR-Opposition. So werden vor dem Hintergrund des totalitären Charakters der DDR eine Vielzahl von Verhaltensweisen als oppositionell oder widerständig anerkannt.²³⁰ Außerdem findet von dem in der Bundesrepublik mittlerweile mehrheitlich anerkannten Widerstand gegen den Nationalsozialismus eine Legitimationsübertragung auf die in Ausmaß, Absichten und eigener Gefährdung noch sehr umstrittene DDR-Opposition statt - eine Wirkung, die vor allem im Sinne ehemaliger Oppositioneller liegen könnte. Die Interessen linksstehender Bürgerrechtler und konservativer Forscher treffen sich in der Forderung nach dem Begriff der totalitären Diktatur.²³¹

²²⁸ Dazu Jesse außerhalb der Kommission: „Offenkundig war die seit den 60er Jahren vielfach gescholtene Totalitarismuskonzeption doch nicht so abwegig, wie das manche Kritiker meinen. Es gibt nun einmal in der Herrschaftstechnik auffallende Parallelen zwischen rechten und linken Diktaturen“, Jesse: Umgang mit der Vergangenheit, in: Werner Weidenfeld, Karl-Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1993, S. 653. Ein weiterer Verfechter der Totalitarismustheorie ist Jens Hacker. Vgl. Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, FF/Main 1992, insb. S. 422 ff.: Leistungen und Fehleinschätzungen der politologischen DDR-Forschung.

Der Totalitarismus-Ansatz stellte die Herrschaftsstruktur der DDR in den Vordergrund und maß sie an demokratisch-parlamentarischen Systemen. Der systemimmanente, industriegesellschaftliche Ansatz maß die DDR an ihren eigenen Normen und den Ansprüchen des Marxismus-Leninismus. Zur Vertiefung vgl. Detlef Pollack: Zum Stand der DDR-Forschung, in: Politische Vierteljahresschrift 34 (1993), S. 119-139. Pollack versucht die Polarisierung beider Ansätze aufzulösen, indem er ihre Annäherung in den siebziger und achtziger Jahren beschreibt.

²²⁹ „Die anhaltende Diskussion verläuft nicht parallel zur alten Grenze zwischen Ost und West. Sie spielt sich auch nicht ausschließlich im wissenschaftlichen Rahmen ab, sondern ist zugleich ein ‚Historikerstreit um Stellen, Strukturen, Finanzen und Deutungskompetenz‘.“ Christoph Kleßmann, Martin Sabrow: Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989, a.a.O., S. 4. Kleßmann und Sabrow analysieren Kontroversen und stellen Institutionen der DDR-Zeitgeschichtsforschung vor.

²³⁰ Interessanterweise wird diese Sichtweise von einem Vertreter des konservativen SED-Forschungsverbundes kritisiert: „So sucht Fricke von seinem antitotalitären Ansatz her das gesamte gegen das totalitäre System gerichtete Denken und Handeln zu erfassen, und dabei wird ihm leicht alles zu ‚Opposition und Widerstand‘, was als systemkritisch erscheint.“ Expertise Jander, S. 900.

²³¹ Vgl. Kleßmann: Zeitgeschichte, a.a.O., S. 4.

Wenn letztendlich Widerstand und Opposition „als wesentliche Strukturelemente beider diktatorischer Herrschaftsformen akzeptiert werden“²³², kann die Bundesrepublik Widerstand - als Abwehrhaltung gegen nicht-demokratische Staatsformen - als positiven Bezugspunkt ihrer Tradition und Identität vereinnahmen und die Ostdeutschen in diese Traditionslinie integrieren.²³³

1.4.2. Die Ziele von Opposition und Widerstand

Die Frage nach den Zielsetzungen der DDR-Oppositionellen eignet sich - neben einer Klassifizierung zum Zweck der Begriffsbestimmung - zur instrumentalisierenden Bewertung widerständigen Verhaltens. Welche politische Einstellung hatten die Oppositionellen? Waren sie dem Sozialismus oder der parlamentarischen Demokratie zugewandt, oder wollten sie den 'Dritten Weg' zwischen Sozialismus und Kapitalismus? Eng damit verbunden ist die Frage nach der Bedeutung der Oppositionellen für den gesellschaftlichen Wandel in der DDR sowie nach ihrer Einstellung zum politischen System der Bundesrepublik und ihrem Beitrag zur Vereinigung. Den ehemaligen Oppositionellen und Bürgerrechtlern wird je nach Beurteilung ein 'Mehr oder Weniger' an Würdigung zuteil beziehungsweise an Glaubwürdigkeit und aktuellen politischen Mitspracherechten zugesprochen.²³⁴

Die Expertisen sehen die Zielvorstellungen der DDR-Opposition als wichtigen Faktor an, der die Begriffsbestimmung beeinflusst. Sie unterscheiden sich jedoch hinsichtlich ihres Blickwinkels und der vorgenommenen Wertung.

²³² Rainer Eckert: Die Widerstandsforschung über die NS-Zeit - ein methodisches Beispiel für die Erfassung widerständigen Verhaltens in der DDR?, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 10 (1995), S. 555.

²³³ „Keine Frage, daß der Widerstand gegen das Dritte Reich und oppositionelles Verhalten in der DDR - so unterschiedlich sie waren - zu den positiven Traditionen deutscher Geschichte gehören, die es in der kollektiven Erinnerung des vereinigten Deutschland zu bewahren gilt.“ Bernd Faulenbach: Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Erinnerung? Das Bild vom deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus nach den Erfahrungen von Teilung und Umbruch, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 7 (1994), S. 594.

²³⁴ „Rasch avancierte die Frage auch zum politischen Streitobjekt, denn mit der Zu- oder Aberkennung des Prädikats 'DDR-Opposition' verbindet sich im vereinigten Deutschland auch ein Mehr bzw. ein Weniger an politisch-moralischer Legitimation, das für die eigenen Profilierungs- oder Wahlchancen nicht ohne Bedeutung ist.“ Hubertus Knabe: Was war die 'DDR-Opposition'?, S. 186.

Kleßmann macht die Unterscheidung zwischen fundamentaler und partieller Systemgegnerschaft sowie zielgerichtetem und nicht zweckgerichtetem Handeln begrifflich kenntlich. Unter „Widerstand im engeren Sinne“ beziehungsweise politischer Opposition seien Verhaltensweisen zu verstehen, die sich fundamental gegen das Regime richten. Neben diesem nur von kleinen Gruppen praktizierten Widerstand „gab es aber von Anfang an Formen des politischen und sozialen Verhaltens, die unterhalb der Schwelle des bewußten und auf Sturz oder Beschränkung der Diktatur abzielenden Widerstandes lagen“ und in ihren Motiven heterogen waren. Sowohl die „gesellschaftliche Verweigerung“ als auch der Resistenzbegriff umschreiben dieses Verhalten.²³⁵ In den achtziger Jahren sei vor allem „Dissidenz“ als politische Verhaltensweise in den Vordergrund getreten. Dabei handle es sich um „bewußte, wenn auch partielle Verweigerung und Abweichung von vorgegebenen Normen.“²³⁶ Das von Kleßmann gezeichnete Spektrum berücksichtigt verschiedene Zielvorstellungen, weist aber zugleich auf die im letzten Jahrzehnt der DDR nur wenig ausgeprägte Fundamentalgegnerschaft hin.

Demgegenüber versteht Jesse unter Opposition das Widerstandleisten gegen die herrschenden Verhältnisse und den Kampf für die Verwirklichung von Bürgerrechten: also eine fundamentale und politisch bewußte Gegnerschaft. Eine Systematisierung oppositionellen Verhaltens müsse nach den Zielsetzungen fragen: „Wie ordneten sich die oppositionellen Kräfte selber ein, das heißt, welche Ziele verfolgten sie? Wie lassen sich ihre Zielsetzungen aus der Perspektive des demokratischen Verfassungsstaates beurteilen?“ Die demokratische Grundeinstellung ist für Jesse der wichtigste Maßstab: Nicht zuletzt hätten viele aus diesen oppositionellen Bürgerbewegungen im Verlauf der ‘friedlichen Revolution’²³⁷ des Herbstes 1989 den

²³⁵ Vgl. Expertise Kleßmann, S. 1082.

²³⁶ Vgl. ebenda, S. 1083.

²³⁷ Der Terminus ‘friedliche Revolution’ wird zumeist von Anhängern der Oppositions- und Bürgerrechtsbewegung sowie ihnen politisch Nahestehender verwendet. Als konservativer Westdeutscher setzt Jesse den Begriff in Anführungszeichen. Diejenigen, die die Rolle der Bundesregierung (unter Kohl) betonen wollen, sprechen von der ‘Wende’. Auch der Begriff ‘Implosion’ schmälert die Rolle der Oppositionsbewegung und stellt den Zusammenbruch des nicht tragfähigen sozialistischen Gesellschaftssystems in den Vordergrund, vgl. Fred Oldenburg: Die Implosion des SED-Regimes. Ursachen und Entwicklungsprozesse, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1991. Ostdeutsche Kirchenanhänger schreiben sich die ‘protestantische Revolution’ auf die Fahnen, vgl. Gerhard Rein: Die protestantische Revolution 1987-1990, Ein deutsches Lesebuch, Berlin 1990.

Weg in ein demokratisches Parlament gefunden.²³⁸ Auf einer Skala ordnet Jesse die oppositionellen Kräfte entsprechend ihrer politischen Gesinnung ein. Auf der einen Seite stehe die

„grundsätzlich antikommunistische, antiextremistische Opposition, die ihrerseits auch als Widerstand bezeichnet werden kann, verfolgte sie doch ein ‘konservatives’ Ziel: ‘die Verteidigung bzw. Wiederherstellung des status quo ante.’“

Auf der anderen Seite sei die kommunistische, „extremistisch orientierte“ Opposition zu verorten. Dazwischen befände sich das breite und diffuse Spektrum der Friedens-, Menschen- und Bürgerrechtsbewegungen.²³⁹

Jesse nimmt in seiner Skala eine Bewertung oppositionellen Verhaltens vor, indem er prodemokratische als antiextremistische und kommunistische als extremistische Haltungen bezeichnet. Mit der Äußerung, viele Oppositionelle hätten nach 1989 doch noch den Weg ins Parlament gefunden, legt Jesse im Nachhinein für die DDR die in der Bundesrepublik geltenden Maßstäbe an²⁴⁰ und instrumentalisiert die Zielvorstellungen Oppositioneller als Selektionskriterium: Danach gab es ‘gute’ und ‘schlechte’ Oppositionelle. Die ‘Guten’ vereinnahmt er als Bestätigung für das politische und gesellschaftliche Modell der Bundesrepublik. Indirekt delegitimiert er nicht nur die ostdeutschen Anhänger des ‘Dritten Weges’, sondern auch deren linke Befürworter in der Bundesrepublik vor 1989.²⁴¹

Jander hält sogar den Oppositionsbegriff erst dann für anwendbar, wenn das Ziel einer Demokratisierung des Staates besteht:

„Wenn der Begriff ‘Opposition’, angewendet auf die realsozialistischen Diktaturen Ost- und Mitteleuropas, nur Sinn macht im Zusammenhang

²³⁸ Expertise Jesse, S. 996.

²³⁹ Vgl. Jesse, S. 998 f.

²⁴⁰ Jürgen Kocka bezeichnet diesen Grundsatz historischer Arbeit mit „Historische Differenzen“: Es sei notwendig, „die Differenz zwischen dem Erfahrungs- und Erwartungsstand der untersuchten Kultur ständig in Rechnung zu stellen. Wenn man über das eigene Land - oder das Nachbarland gleicher Nationalität - im vergangenen Jahrzehnt arbeitet, vergißt man das offenbar leicht. Das führt zu Verzerrungen.“ Von der Verantwortung der Zeithistoriker, a.a.O., Frankfurter Rundschau.

²⁴¹ Nach der Wiedervereinigung „waren es dann Diskussionen um den ‘Dritten Weg’ zwischen Sozialismus und Kapitalismus, die der Rechten wieder Gelegenheit gaben, die Unzuverlässigkeit der deutschen Linken zu demonstrieren. (...) Heute ist davon nicht mehr die Rede, so daß auch Angriffe auf diese Position bald von rechts nicht mehr zu fahren sein werden. Trotzdem wird es noch für lange Zeit Möglichkeiten geben, die deutsche Linke mit Phasen ihrer Vergangenheit zu konfrontieren, die, wie ihre gesamte Politikgeschichte, offenen Flanken für den Vorwurf demokratischer und rechtsstaatlicher Unzuverlässigkeit bieten.“ Martin u. Sylvia Greiffenhagen: Ein schwieriges Vaterland, a.a.O., S. 260 ff.

politischen und sozialen Verhaltens, das versucht, die Grundlagen für seinen legalen Ausdruck herzustellen, das heißt die Bedingungen zu ändern, die seine lediglich informelle Existenz ermöglichen, ist es schwer, diesen Begriff auf die sich kristallisierenden Gruppen in der DDR in den siebziger und achtziger Jahren anzuwenden.“

Diese hätten zwar oppositionelles und dissidentes Verhalten befördert und Resistenz multipliziert, nicht jedoch grundlegend politische Freiheiten in der DDR eingefordert.

„Eine politische Opposition, die die unterschiedlichen Motive dissidenten und oppositionellen Verhaltens bündelt und ihnen Ausdruck im Sinne der Herstellung einer demokratischen Republik verleiht, entsteht erst im Gefolge der Kommunalwahlen im Mai und der großen Fluchtwelle im Sommer 1989.“

Jander erkennt oppositionelles Handeln erst dann an, wenn es sich am demokratischen Rechtsstaat orientiert. Damit grenzt er es auf eine Zielvorstellung ein und marginalisiert zugleich die Bedeutung von Opposition in der DDR.²⁴²

Nach Ansicht von Eckert ist die Frage noch zu klären,

„ob die Geschichte der Opposition in der DDR nur systemimmanent zu begreifen ist, oder ob (post festum) als ein Bewertungskriterium das Ziel der Schaffung eines freiheitlich-westlichen, verfassungsrechtlich orientierten Staatsgebildes verwendbar ist.“²⁴³

Im Gegensatz zu der fundamentalen Gegnerschaft 'bürgerlicher', christlicher und sozialdemokratischer Systemgegner in den vierziger und fünfziger Jahren sei es den oppositionellen Gruppen der achtziger Jahre nicht um den Sturz des Systems, sondern um seine Reform gegangen. Wegen des gravierenden Unterschiedes zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus spricht sich Eckert dafür aus, diesen Begriff zugunsten des Oppositionsbegriffs zu vermeiden. Noch müsse geklärt werden, inwieweit die oppositionellen Gruppen den totalen Herrschaftsanspruch der SED in Frage stellten.²⁴⁴

²⁴² Vgl. Expertise Jander, S. 931 ff.

²⁴³ Expertise Eckert, S. 687 f.

²⁴⁴ Vgl. Expertise Eckert, S. 686 f. Der Generationsbruch zwischen den 'frühen' Oppositionellen der vierziger und fünfziger und den 'späten' der siebziger und achtziger Jahre wird in der Kommission wiederholt erwähnt, um zu unterstreichen, daß die 'späten' Oppositionellen 'nur' Reformabsichten hatten.

Eine geringere Bedeutung nimmt die Frage bei Kowalczuk ein. Zwar ordnet er widerständige Verhaltensweisen unter anderem nach dem Kriterium der Motive und Absichten seiner vierstufigen Skala (Gesellschaftliche Verweigerung, sozialer Protest, politischer Dissens, Massenprotest) zu.²⁴⁵ Doch betont er, daß in totalitär verfaßten Gesellschaften die Handlungsspielräume für die Ausprägung widerständigen Verhaltens relevanter seien als die Motive und Zielsetzungen.²⁴⁶ Die Voraussetzung für die Zuordnung von Verhaltensweisen bilde ihre Wirkung. Die Zuordnung sagt also „nichts über die tatsächliche Haltung und Stellung des einzelnen im und zum System“ aus. Das vierstufige Modell impliziert demnach „erst einmal nichts zur politischen Einstellung.“ Aufschlußreich ist erst die Prüfung des Einzelfalles. Kowalczuk zentrale Aussage lautet, daß eine Person „sowohl Exekutor wie Widerständler sein konnte.“²⁴⁷ Ihm scheint es in erster Linie darauf anzukommen, den Blick für nicht konsequentes, nicht zielgerichtetes Verhalten zu öffnen, das zwischen Anpassung und Widerstand wechselt.

In den Öffentlichen Anhörungen wird die Zielfrage kontroverser diskutiert, denn hier sind Zeitzeugen beziehungsweise DDR-Oppositionelle und -Bürgerrechtler beteiligt. Zugleich unterscheidet sich deren Argumentationsweise von der der Abgeordneten.

Die Abgeordneten und Sachverständigen diskutieren distanzierter und relativ einverständlich. Sie orientieren die Begriffsbestimmung an den Zielvorstellungen: Der Abgeordnete Hansen (FDP) hält eine Abgrenzung der Begriffe Widerstand, Opposition, Dissidenz, Resistenz und Immunität erst durch die Unterscheidung nach Werten und Zielen für möglich.²⁴⁸ Fricke stimmt diesem Kriterium - als eines unter weiteren - zu.²⁴⁹ Jacobsen schlägt konkret die Unterscheidung zwischen „oppositionellem Verhalten zur Reform des Systems - keine Opposition, sondern oppositionelles Verhalten! - und oppositionellem Verhalten zur Überwindung des Systems“ vor.²⁵⁰

²⁴⁵ Vgl. Expertise Kowalczuk, S. 1220 u. 1265.

²⁴⁶ Vgl. ebenda, S. 1217.

²⁴⁷ Vgl. ebenda, S. 1237 f. u. 1221.

²⁴⁸ Vgl. Bd. VII, 1, S. 67.

²⁴⁹ Vgl. ebenda, S. 75.

²⁵⁰ Ebenda, S. 264.

Die DDR-Oppositionellen hingegen finden in der Anhörung bezüglich ihrer damaligen Zielsetzungen und der Tauglichkeit des Oppositionsbegriffs keinen Konsens, geht es doch um ihr jeweiliges Selbstverständnis. So steht nicht das Interesse im Vordergrund, die Zielsetzungen in wissenschaftliche Kategorien und Begriffen zu ordnen. Vielmehr deutet sich hinter den Argumenten die Auseinandersetzung mit dem damaligen Verhältnis zur DDR beziehungsweise mit der eigenen Systemnähe oder -ferne an.

Der Abgeordnete Hilsberg (SPD, Mitbegründer der SDP in der DDR) lehnt die Unterscheidung Jacobsens in 'oppositionelles Verhalten zur Reform oder zur Überwindung des Systems' ab:

„Wenn Opposition gemacht wurde, war es immer eine Fundamentalopposition. Es ging gar nicht anders in diesem Lande, weil es immer die Inanspruchnahme des Für-sich-selber-Sprechens war, was durch die SED ja gerade nicht zugebilligt wurde.(...) Es blieb eben nur eine Möglichkeit übrig: entweder Anpassung oder Widerstand.“²⁵¹

Auch als Hubertus Knabe äußert, man solle mit dem Begriff Opposition nicht zuviel hantieren, „zumal viele Akteure dieser Zeit diesen Begriff bewußt abgelehnt haben“, widerspricht Edelbert Richter (Mitbegründer der Partei Demokratischer Aufbruch): „Es war eben eine recht bescheidene Opposition, aber es war unter uns klar, daß wir Opposition sind. Man durfte es nur nicht sagen, das war ja ein ganz schlimmes Wort.“²⁵²

Widerspruch erhebt der Bürgerrechtler Roland Jahn. Er bezeichnet den heutigen Umgang mit der Begrifflichkeit Opposition als erschreckend: „Es ist ganz, ganz wichtig, noch einmal festzustellen, daß viele in der DDR sich nicht als Opposition verstanden haben. Es waren nur wenige bereit zu sagen, wir sind Opposition.“²⁵³ Martin Gutzeit merkt dazu an, daß das Selbstverständnis der oppositionell und widerständig Handelnden nicht identisch gewesen sei mit dem Bild, das die SED und die westlichen Medien von ihnen gezeichnet hätten. „Im Hinblick auf Begriffe wie 'Bürgerbewegung' und 'Opposition' bedeutet dies, daß man mit ihnen in der Anwendung auf die Zeit vor dem Herbst 1989 äußerst vorsichtig umgehen sollte.“ Da-

²⁵¹ Ebenda, S. 267.

²⁵² Ebenda, S. 123 f.

²⁵³ Ebenda, S. 175.

mals hätten sich „nicht allzu viele“ bewußt dazu bekannt. Im übrigen habe es immer ein latent fundamentaloppositionelles Potential gegeben.²⁵⁴

Diese Äußerungen spiegeln die Heterogenität der DDR-Opposition wider. Das Selbstverständnis der Oppositionellen unterscheidet sich, abgesehen vom Ausmaß der DDR-Systemgegnerschaft, in dem gewählten Weg: Ob sie als Einzelkämpfer, unter dem Dach der Kirche oder in außerkirchlichen Zusammenhängen Opposition leisteten, ob sie basisorientiert waren oder Parteigründungen anstrebten.

Ausmaß und Methode der Systemgegnerschaft sind im Nachhinein nicht nur Angriffen und Instrumentalisierungen von außen ausgesetzt; auch zwischen den Oppositionellen gibt es Streitigkeiten und Konkurrenzkämpfe, die in der DDR-Zeit ihren Anfang nahmen und sich im Zuge des Auseinanderbrechens der Oppositionsbewegung in der 'Wende-Zeit' verschärften.²⁵⁵ Dabei ringt ein Teil der Oppositionsbewegung um die Anerkennung ihrer damaligen Systemgegnerschaft und Bedeutung. Hier sind Versuche erkennbar, beide zu überhöhen.²⁵⁶ Andere Akteure argumentieren entgegengesetzt und erinnern an das damalige Befürworten des 'Dritten Weges'²⁵⁷.

Die Äußerungen verdeutlichen zudem das Problem, eine heutige Analyse der Opposition daran zu orientieren, ob Oppositionelle den Terminus vor 1989 selber verwendet haben. Das einleuchtende Argument, daß die Anwendung dieses Begriffs

²⁵⁴ Vgl. ebenda, S. 237.

²⁵⁵ „Aber auch unter den Akteuren wurden bald unterschiedliche Ansichten darüber deutlich, ob das, was sie zu DDR-Zeiten an politischen Gehversuchen unternommen hatten, Opposition war oder nicht, zumal viele diese Frage vor 1989 ausdrücklich für sich verneint hatten.“ Hubertus Knabe: Was war die 'DDR-Opposition'?, S. 186.

²⁵⁶ Stephan Hilsberg neigt dazu, die Oppositionellen zu glorifizieren. Sie hätten sich individualistisch, frei und unabhängig auf den eigenen Weg begeben und keine fremden Autoritäten mehr akzeptiert. „Gleichzeitig warfen die Oppositionellen ihr eigenes Leben in die Waagschale und zeigten so den Mitbürgern, daß es auch anders geht. Und sie haben noch mehr getan. Sie lieferten Konzepte und Organisationen für eine Änderung der DDR, bis hin zu einer umfassenden Demokratisierung.“ Identitätsmuster in Ost und West. Zur Überwindung der inneren Teilung durch ihre Aufarbeitung, in: Deutschland Archiv 3 (1994), S. 293.

²⁵⁷ Laut Wolfgang Rüdtenklau sind die Oppositionellen alles andere als die „Totengräber“ der DDR gewesen: „Das Schlimme ist, es stimmt das Gegenteil: in welchem Grade wir trotz alledem noch an den Anspruch der regierenden kommunistischen Parteien glaubten und eine verfehlte Loyalität zeigten.“ Störenfried. ddr-opposition 1986-1989. Mit Texten aus den 'Umweltblättern', Berlin 1992, S. 13. Rüdtenklau deutet auch die Konkurrenz zwischen den (eifren) Bürgerbewegungen und den Basisgruppen an, S. 297.

damals zu gefährlich gewesen sei²⁵⁸, kann auch dazu dienen, sich im Nachhinein von der Überzeugung des in der Bundesrepublik nicht anerkannten 'Dritten Weges' reinzuwaschen. So deuten manche Zeitzeugen nur an, daß die heutige Anwendung des Oppositionsbegriffs nicht mit dem damaligen Selbstverständnis übereinstimmt.

Der Bericht übergeht die Kontroverse um die Zielsetzungen oppositionellen Verhaltens und die Begriffsverwendung, die sowohl in den Expertisen, als auch in der Anhörung deutlich zutage trat. Statt dessen benennt er auf abstrakte Weise die „Vielfalt“ der Ziele. Die Begriffe Opposition und Widerstand würden die Komplexität und das breite Spektrum „regimekritischer, widerständiger und regimefeindlicher Verhaltensweisen nicht hinreichend“ erfassen.²⁵⁹ Neben der offenen Opposition bekannter Regimegegner und dem organisierten Widerstand gelte es, den Alltagswiderstand mit seinen Kategorien gesellschaftliche Verweigerung, sozialer Protest, politischer Dissens und Massenprotest zu erforschen. Dabei sei zu berücksichtigen, daß sich „politischer Dissens als Opposition und Widerstand im Alltag (...) besonders häufig mit organisierter und/oder mit konkreten Zielvorstellungen betriebener Opposition“ überschneide.²⁶⁰

Deutlich wird, daß der Bericht nicht nur die Kontroverse um die Ziele oppositionellen Verhaltens vernachlässigt, sondern selbst keine Differenzierung vornimmt. Er versucht nicht, mit verschiedenen Zielsetzungen verbundene Verhaltensweisen ge-

²⁵⁸ Markus Meckel zufolge wurde der Begriff der politischen Opposition als 'staatsfeindlich' kriminalisiert. „Wer die eigene Tätigkeit trotz der Kriminalisierung als Opposition verstand und das auch aussprach, versuchte meist gleichzeitig klarzustellen, daß es ihm dabei durchaus um das Wohl des Landes ging.“ Aufbrüche, in: Markus Meckel; Martin Gutzeit: Opposition in der DDR, S. 25 f. Nach Bernhard Schmidbauer hatte der Oppositionsbegriff eine negative Konnotation. Er wurde „in stalinistischer Tradition mit Feindschaft gleichgesetzt und deshalb versuchten die Gruppen in der DDR auch, den Begriff 'Opposition' zu vermeiden.“ Schmidbauer: Die oppositionellen Gruppen in der DDR. Stiefkinder der bundesdeutschen DDR-Forschung, in: Heiner Timmermann (Hg.): DDR-Forschung. Bilanz und Perspektiven, Berlin 1995. Václav Havel bestätigt diese Sichtweise und beschreibt die Instrumentalisierung der Begriffe Opposition und Dissidenz durch westliche Journalisten. Versuch, in der Wahrheit zu leben, 1978, Neuausgabe Hamburg 1990, S. 43 ff.

²⁵⁹ Vgl. Bericht, S. 561.

²⁶⁰ Vgl. ebenda, S. 606 ff. Bemerkenswert ist hier, daß der Kommissionsbericht das von Kowalczyk entwickelte vierstufige Schema zur Beschreibung oppositionellen und widerständigen Verhaltens im Alltag verwendet. Kowalczyk will aber damit allgemein widerständiges Verhalten in der DDR erfassen. Möglicherweise liegt der Grund für die andere Anwendungsweise im Bericht darin, daß Kowalczyks Schema verschiedene gesellschaftliche Erscheinungen und Sonderformen nicht erfaßt (parlamentarische und innerparteiliche Opposition, institutioneller Widerstand der Kirchen sowie widerständiges Verhalten ausländischer und westdeutscher Bürger auf dem Territorium der DDR, vgl. Expertise Kowalczyk, S. 1237 ff.) oder aber der im engeren Sinne politischen Opposition einen zu geringen Stellenwert einräumt.

geneinander 'auszuspielen', sondern sie in ihrer Gesamtheit zu erfassen. Abgesehen von dem nicht zu leugnenden Forschungsdefizit stellt sich aber die Frage, ob die Berichterstattergruppe daran interessiert war, im Bericht sorgfältiger zu differenzieren. Denn das Nicht-Benennen verwischt Unterschiede und bewirkt eine Gleichsetzung der Bedeutung oppositioneller Verhaltensweisen. Dies läßt auf integrative Absichten schließen.

1.4.3. Der Umfang von Opposition und Widerstand

Die Expertisen erfassen (abgesehen jener von Jander) mit ihrem weitreichenden Widerstands- und Oppositionsbegriff oder durch das Hinzuziehen weiterer Bezeichnungen einen hohen Anteil der DDR-Bevölkerung. Die radikaleren, politischen Verhaltensweisen schreiben sie jedoch nur einer Minderheit von Oppositionellen zu. Grundsätzlich bezeichnet Kleßmann mit den Begriffen Widerstand, Opposition, Auflehnung, Dissidenz, Verweigerung, abweichendes Verhalten, Resistenz ein „breites Feld“ von politischen und sozialen Verhaltensweisen in Diktaturen. Dissens und Konsens seien kaum klar voneinander getrennt, „sieht man von wenigen entschlossenen und prinzipiellen Gegnern des jeweiligen Regimes ab“. Vielmehr überlappten sich Loyalität und offene oder verdeckte Ablehnung vielfach.²⁶¹

Kowalczuk zielt darauf, mit dem weiten Widerstandsbegriff

„die bisher in der Forschung vorherrschende Beschränkung widerständigen Verhaltens innerhalb sozialistischer Gesellschaftssysteme auf innerparteiliche und wenige außerparteiliche prominente Oppositionsgruppen zu überwinden.“

Die DDR habe „sowohl von massenhafter Unterstützung wie von massenhaftem Widerstand“ gelebt, eine Person habe „sowohl Exekutor wie Widerständler“ sein können.²⁶² Kowalczuk unterscheidet die Aktionisten im Sinne des Systems von den wenigen, die dagegen waren. Die Masse der Bevölkerung stand dazwischen, „wobei sich im Zweifelsfall nach außen für das System entschieden wurde.“ Damit verweist er auf die innere Systemgegnerschaft:

²⁶¹ Vgl. Expertise Kleßmann, S. 1080 ff.

²⁶² Vgl. Expertise Kowalczuk, S. 1220 f.

„Prinzipiell trifft für die Mehrheit der DDR-Bevölkerung zu, daß sich in ihr ein ewiger Kampf zwischen Wollen, Können und Machen vollzog. Dieses Spannungsverhältnis ist das Verhältnis zwischen widerständigem und anpassungsbereitem Verhalten.“ Geäußert habe es sich in der „gesellschaftlichen Verweigerung“ als einer „mehr oder minder individuelle(n) Widerstandsform, die von der Mehrheit der Bevölkerung wenigstens temporär praktiziert wurde.“²⁶³

Den Verweigerungs- und Resistenzbegriff wendet Eckert ebenfalls auf die DDR an, scheine er doch dem Verhalten einer Bevölkerungsmehrheit in der ostdeutschen Diktatur zu entsprechen.²⁶⁴ Jesse hebt eine Studie hervor, die den Nachweis erbracht habe, „daß die oppositionellen Tendenzen des ‘kleinen Mannes’ weitaus größer waren als bisher angenommen.“²⁶⁵ Demgegenüber stuft Jander die Opposition in der DDR marginal ein.²⁶⁶ Bei den oppositionellen Bewegungen, „die sich als solche zu erkennen gaben“, konstatiert Jesse,

„überwog eine Art sozialistischer Grundkonsens. Die Position der Mehrheit der Bevölkerung kam nicht hinreichend zum Ausdruck. Deren Bedürfnisse wurden von der Oppositionsbewegung - welcher Richtung auch immer - kaum reflektiert, die nationale Frage galt als Tabu.“²⁶⁷

Mit dieser Äußerung kehrt Jesse die Verhältnisse um: Die Opposition war systemkonform, die Bevölkerungsmehrheit systemkritisch eingestellt.

In der Kommission sind Ansätze erkennbar, die innere Systemgegnerschaft als Form oppositionellen Verhaltens anzuerkennen. So beruft sich Eppelmann in der Öffentlichen Anhörung auf die auf Jacobsen zurückgehende Sonderform passiven Widerstands, die „innere Emigration“.²⁶⁸ Die Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe greift diesen Gedanken später mit anderen Worten auf: Eine Form innerhalb des breiten Spek-

²⁶³ Expertise Kowalczyk, S. 1265 f.

²⁶⁴ Expertise Eckert, S. 688.

²⁶⁵ Vgl. Expertise Jesse, S. 993, zit.n. Armin Mitter; Stefan Wolle, *Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte*. München 1993.

²⁶⁶ Jander stützt seine Behauptung allerdings nur auf oppositionskritische Stimmen: „Von Repräsentanten der Opposition selbst und von Forschern, die ihre Geschichte wissenschaftlich begleitet haben, werden die Marginalität, der politische Traditionalismus und die späte Konstituierung der Opposition der DDR (...) erklärt.“ Leider belegt Jander diese These nicht mit Namen. Vgl. Expertise, S. 931. Zur Opposition zählt Jander nur intellektuelle Dissidenten, die Ausreise- und die unabhängige Friedensbewegung. Er stützt sich dabei auf Roger Woods (Hrsg.): *Opposition in the GDR under Honecker, 1971-1985*, Houndmills, Basingstoke, Hampshire, London 1986, S. 21 ff.

²⁶⁷ Expertise Jesse, S. 1023 f.

²⁶⁸ *Materialien*, Bd. VII, 1, S. 14.

trums widerständigen Verhaltens ist im „Sich-Heraushalten“ und „Sich-eine-Nische-suchen“ zu sehen.²⁶⁹ Kowalczuk bezeichnet dieselbe Verhaltensweise mit „Nicht-Handeln“.²⁷⁰

Diese Anregung wird jedoch in den Anhörungen oder Expertisen nicht weiter aufgegriffen. Jesse lehnt sie ab und stimmt Broszat zu, der die Anwendung des Resistenzbegriffs zu Recht einschränke: „Eine lediglich geistige, nicht aktiv und sonstwie realisierte Gegnerschaft zählte er (...) nicht dazu, denn wie wollte man sie feststellen oder gar messen?“²⁷¹ Hier zeigt Jesse eine Grenze des weiten Spektrums widerständigen Verhaltens auf, das „von Total-Ablehnung des SED-Systems bis hin zu systemimmanenter Kritik im Kern durchaus loyaler Intellektueller oder Parteigenossen“ reichte und warnt indirekt vor einem Mißbrauch.

Der Abschlußbericht der Kommission aber umfaßt alle oben geschilderten Positionen. Er versteht unter oppositionellem und widerständigem Verhalten ein breites Spektrum von Verhaltensweisen und versucht, der „Komplexität und Vielfalt regimiekritischer, widerständiger und regimefeindlicher Verhaltensweisen“ gerecht zu werden: Mit den Begriffen Resistenz, politische Gegnerschaft, Dissidenz sowie passiver und aktiver Widerstand zeichnet er ein Spektrum nonkonformer Verhaltensweisen von „innerer Emigration“ bis hin zur aktiven partiellen oder totalen Systembekämpfung.²⁷²

Diese Darstellung erfüllt zwei Funktionen. Das weite Begriffsverständnis zielt darauf, neben den ‘kleinen’ Widerstandsformen auch die - nicht näher erklärte - „stille“ Gegnerschaft²⁷³ zu würdigen, um die Bevölkerungsmehrheit in eine die DDR ablehnende Haltung zu integrieren. So zieht der Bericht den „Schluß (...), daß die SED-Führung stets gegen eine Mehrheit der Bevölkerung regierte“. Die Distanz zur DDR soll zugleich die Zustimmung zur Bundesrepublik suggerieren.

Die Frage der innerparteilichen SED-Opposition findet dagegen nur geringe Beachtung, um den damaligen ‘Tätern’ nicht zuviel Aufmerksamkeit zu zollen.²⁷⁴ Zugleich

²⁶⁹ Ebenda, S. 262.

²⁷⁰ Expertise Kowalczuk, S. 1235.

²⁷¹ Vgl. Expertise Jesse, S. 999 f.

²⁷² Vgl. Bericht, S. 561 f.

²⁷³ Vgl. ebenda, S. 606.

²⁷⁴ Der Bericht erwähnt Robert Havemann, Rudolf Bahro und Diskussionszirkel von SED-Mitgliedern (auf marxistischer Grundlage). - Außerhalb der Kommission wird darüber gestritten, ob es eine SED-

unterscheidet der Bericht zwischen den radikaleren und alltäglichen Widerstandsformen, um jenen gerecht zu werden, die sich verstärkt gegen das DDR-System einsetzten.²⁷⁵

„Im Unterschied zur offenen Opposition bekannter Regimegegner und zum organisierten Widerstand in der DDR ist der alltägliche Widerstand einer großen Anzahl von Bürgern (...) bisher kaum dargestellt und analysiert worden“.²⁷⁶

Der Bericht legt den mangelhaften Wissensstand zugunsten eines hohen Widerstandspotentials in der Bevölkerung aus.

2. Die Kontroverse um Flucht und Ausreise

2.1. Der Stellenwert des Themas in der Kommission

Die Bedeutung der Ausreisethematik zeigt sich darin, daß eine von insgesamt zwei Öffentlichen Anhörungen im Bereich Opposition und Widerstand sich der „Flucht- und Ausreisebewegung in verschiedenen Phasen der DDR-Geschichte“ annahm.²⁷⁷

Umso mehr überrascht es, daß innerhalb des Themenfeldes VI keine Expertise speziell zum Thema Ausreise vergeben worden ist. Nur zwei Expertisen widmen sich in einem Unterkapitel der ‘Ausreisebewegung’²⁷⁸ in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Christian Dietrich beleuchtet „Das Verhältnis zwischen ‘Hierbleibern’ und ‘Ausreisern’“ in Leipzig, Hans-Hermann Hertle die Reaktion des Politbüros auf das

interne Opposition gab. Vor allem ehemalige SED- oder PDS-Mitglieder reklamieren die Beteiligung von Parteiangehörigen am ‘Fall der Mauer’.

²⁷⁵ Beispielsweise warnt Kowalczyk davor, „im Nachhinein eine Gesellschaft von Widerständlern zu konstruieren.“ Expertise, S. 1218. Markus Meckel kritisiert, daß die Begriffe ‘Opposition in der DDR’ und ‘Opfer’ dieses Systems leicht verwechselt werden. „Wenn man an irgendeiner Stelle zu DDR-Zeiten Nachteile hatte, zählt man sich heute gern zur Opposition. Es wird selten unterschieden zwischen den vielfältigen Opfern und Benachteiligten des Systems und solchen, die versuchten, politisch zu handeln, etwas zu verändern.“ Aufbrüche, in: Ders.: Opposition in der DDR, S. 26.

²⁷⁶ Bericht, S. 606.

²⁷⁷ Sie fand am 11.4.1994 statt. Vgl. Protokoll der 69. Sitzung, Bd. VII, 1, S. 314 -450. Auch in der ersten Anhörung klang das Thema wiederholt an.

²⁷⁸ Die große Zahl von Ausreiseartragstellern und Ausreisenden scheint nahezulegen, von einer Bewegung zu sprechen. Da jedoch die Ausreise zumeist individuell vonstatten ging und sich nur in selteneren Fällen - überwiegend gegen Ende der DDR - Gruppen organisierten, sollte dieser Begriff nur unter Vorbehalt verwendet werden.

Ansteigen der Ausreiseanträge.²⁷⁹ Abgesehen davon nehmen einige Expertisen kurze Bewertungen der 'Ausreisebewegung' vor.

Die einzige zum Thema relevante Expertise ist dem Themengebiet V: Deutschlandpolitik zugeordnet. Karl F. Schumann konzentriert sich in der Expertise „Flucht und Ausreise aus der DDR insbesondere im Jahrzehnt ihres Unterganges“ schwerpunktmäßig auf die achtziger Jahre und untersucht die Motive der Ausreiseantragsteller sowie die Reaktion von seiten der SED und der Oppositionellen.²⁸⁰

Da Schumann nur am Rande die Aufnahme und Verteilung der Flüchtlinge und Ausgereisten in der Bundesrepublik erwähnt und nicht auf die zwischenstaatlichen Regelungen eingeht, hätte die Expertise thematisch dem Gebiet über die Opposition zugeordnet werden müssen. Da die Aushandlungsprozesse zwischen den Parteien und Sachverständigen unbekannt sind, läßt sich nur vermuten, daß die Regierungskoalition ein Interesse an der Einordnung der Expertise in den deutschlandpolitischen Kontext hatte. Denn dies signalisiert nicht nur, in welchem Maße die Bundesrepublik selber durch die Aufnahme der Ausgereisten betroffen war, sondern suggeriert darüber hinaus, die Ausgereisten seien eine die Bundesrepublik rundherum bejahende Bewegung gewesen.

Im Kommissionsbericht wiederum wird der Flucht und Ausreise ein den anderen Oppositionsformen vergleichbarer Stellenwert zugewiesen, einmal im Unterkapitel „Die 'Abstimmung mit den Füßen'“ in der Ulbricht-Ära, das andere Mal im Abschnitt „Die 'Abstimmung mit dem Ausreiseantrag'“ in der Honecker-Ära. Sie spielt weiterhin eine Rolle in den Ausführungen zur „friedliche(n) Revolution 1989/90“.²⁸¹ Somit wird deutlich, daß Ausreise ein zu allen Zeiten relevantes Phänomen war.

Die argumentative Trennungslinie in der Kommission verläuft zwischen den Ausgereisten und den 'Dableibern'. Margot von Renesse spricht diesen Konflikt in der Eröffnung der Anhörung aus: „Waren die Ausreiser (...) 'Ausreißer', Deserteure,

²⁷⁹ Vgl. Christian Dietrich: Fallstudie Leipzig 1987-1989. Die politisch-alternativen Gruppen in Leipzig vor der Revolution, Materialien Bd. VII, 1, S. 607-612 und Hans-Hermann Hertle: Der 9. November 1989 in Berlin, Bd. VII, 1, S. 796-799.

²⁸⁰ Vgl. Materialien, Bd. V, 3, S. 2359-2405. Die Expertise wird nur insoweit berücksichtigt, als im Themenfeld VI auf sie Bezug genommen wird.

²⁸¹ Vgl. Bericht, S. 572 f., 582 und 599 f.

oder waren sie vielleicht Opponenten, die ihre Tat als Akt der Opposition begriffen?²⁸²

2.2. Die Ausreiseantragsteller

Die damaligen Ausreiseantragsteller oder in die Bundesrepublik Ausgereisten befinden sich in der Öffentlichen Anhörung zugleich in der Defensive und in der Offensive. Einerseits müssen sie auf einer Tagung mit dem Hintergrund 'Widerstand und Opposition in der DDR' rechtfertigen, daß sie diesen Staat verlassen haben, statt sich dort zu engagieren. Andererseits können sie offensiv argumentieren: Die Geschichte habe ihnen recht gegeben, die DDR sich nicht als reformfähig erwiesen.

In der Anhörung sind Versuche erkennbar, ein sehr verallgemeinerndes, eindimensionales und positives Bild über die Motive und Wirkung der Ausreisebewegung zu zeichnen. Werner Hilse, der als Pfarrer mit einer Gruppe von Ausreiseantragstellern arbeitete, spricht den Ausreisern generell eine primär politische Motivation zu:

„Die Ausreiser sagten: 'Dieser Staat ist nicht reformierbar, und wir wollen nicht mit ihm untergehen.' (...) Die Ausreiser waren für den Staat eine Gefahr, weil sie ihn ablehnten und ständig so die deutsche Frage immer wieder mitbeschworen.“

Damit soll der Vorwurf widerlegt werden, die Ausreiseantragsteller seien aus wirtschaftlichen Gründen in den Westen gegangen. „Es waren Etablierte, es waren Gutsituierte, die alles aufs Spiel setzten für eine sehr ungewisse Zukunft.“ Die Oppositionellen aber hätten die Ausreiser des Konsumrauschs bezichtigt, um gegen sie Stimmung zu machen und um sich vor einer ernsthaften Auseinandersetzung mit ihrem Gehen zu drücken.²⁸³

Mit dem Spruch, „kreative Ratten verlassen ein sinkendes Schiff“, stellt Hilse die Ausreiser als die klüger Handelnden dar: „Wer eigentlich hier radikaler und klarer gedacht hat, ist wohl inzwischen ein bißchen sichtbarer geworden.“²⁸⁴ Die Antrag-

²⁸² Materialien, Bd. VII, 1, S. 316.

²⁸³ Vgl. Hilse, Bd. VII, 1, S. 393 f.

²⁸⁴ Vgl. ebenda, 1, S. 394.

steller, so ein 'Ehemaliger', hätten mit ihrem konsequenten Handeln letztendlich den Untergang der DDR herbeigeführt:

„Objektiv gesehen, wenn wir mal ganz ehrlich sind, (...) haben all diese Leute tatsächlich Denken und Handeln in Übereinstimmung gebracht, und wenn man ganz weit geht, bis 1989, dann hat die Ausreisebewegung und die Fluchtbewegung dieses System endgültig kaputtgemacht.“²⁸⁵

Denn: „Was wäre denn gewesen, wenn die Abstimmung mit den Füßen auch unter den erschwerten Bedingungen nach dem August 1961 nicht stattgefunden hätte?“²⁸⁶

Einher mit dieser Argumentation geht eine nicht differenzierende Abwertung der politischen Oppositionellen: Diesen wird eine bis in die Gegenwart andauernde politische Inkompetenz vorgeworfen. Es gebe immer noch welche, „die ihre Illusionen von gestern noch nicht ablegen konnten.“²⁸⁷ Die Gruppen hätten geträumt: „Die Idee des Sozialismus ist gut, wir müssen nur die Ganzheitlichkeit wieder herstellen, (...) wie sie Luxemburg und Liebknecht noch hatten.“²⁸⁸ Günter Jeschonnek zieht den Schluß daraus, daß die Opposition in der DDR im Gegensatz zu der Ausreisebewegung unbedeutend gewesen ist: „Sie hat eigentlich kaum eine Rolle gespielt. (...) es waren ja sehr, sehr wenige.“²⁸⁹ Auch Christhard-Georg Neubert begründet seinen Ausreiseantrag mit der mangelhaften Effizienz der politischen Opposition.²⁹⁰

Dennoch haben auch die Ausreiser versucht, mit den Oppositionellen in einen Dialog zu treten. Jeschonnek betont:

„Wir haben eigentlich alle den gleichen Ansatz, nur mit einem Unterschied: Ihr wollt bleiben, wir wollen gehen. Wir klagen gemeinsam die Menschenrechte ein, nicht nur Reisefreiheit, Ausreise, sondern mehr, und ihr glaubt daran, daß das innerhalb der DDR zu verändern ist, und die wie wir ausreisen wollen, die darüber lange nachgedacht haben, die sich ja zum großen Teil auch aus klugen Leuten zusammensetzen, sind der Auffassung, daß es überhaupt keine Chance gibt, in der DDR diese Menschenrechte durchzusetzen.“²⁹¹

²⁸⁵ So der Antragsteller Bernd Eisenfeld in der ersten Öffentlichen Anhörung zum Thema Opposition, Bd. VII, 1, S. 120.

²⁸⁶ Eine konkrete Antwort gibt Neubert nicht, vgl. ebenda, S. 381.

²⁸⁷ Vgl. Hilse, ebenda, S. 394.

²⁸⁸ So der Pfarrer Werner Hilse, vgl. ebenda, S. 394.

²⁸⁹ Vgl. Materialien, ebenda, S. 398. Jeschonnek hatte in den achtziger Jahren eine Gruppe für Ausreiseantragsteller organisiert.

²⁹⁰ Vgl. ebenda, S. 381.

²⁹¹ Günter Jeschonnek, ebenda, 1, S. 398.

Demgegenüber seien die Ausreiseantragsteller von den oppositionellen Gruppen abgelehnt und isoliert worden:

„Wer in den Verdacht kam, einen Antrag gestellt zu haben, der verfiel sehr oft einer sogenannten Säuberung in der eigenen Gruppe. (...) So habe ich als einziges Argument gehört, was die (Ausreiseantragsteller, d. Verf.) sagen und kritisieren, das stimmt zwar, aber sie haben das Recht verwirkt, etwas gegen - so die Sprachregelung damals - unseren Staat zu sagen.“²⁹²

In der DDR habe es einen großen Konsens gegeben, „daß man ja eigentlich bleiben müsse, daß alle, die gehen wollen, Verräter sind.“ Jeschonnek schließt in seine Behauptung, daß „die SED-Ideologie so verinnerlicht wurde von der Mehrheit der Bevölkerung“, indirekt die DDR-Oppositionellen ein.²⁹³

Die Ausführungen reflektieren erstens nicht, daß es mancherorts eine Zusammenarbeit von Oppositionellen und Antragstellern gab. Zweitens lassen sie außer acht, warum sich die Oppositionellen von den Antragstellern distanziert haben. Statt dessen wird diese Distanzierung als Begründung dafür herangezogen, daß sich die Ausgereisten in der Bundesrepublik kaum noch politisch für die Zurückgebliebenen engagiert hätten:

„Als Lobby für die Zurückbleibenden (...) haben wir uns nicht verstanden. Wenn es konkrete Anfragen gab, haben wir versucht, das Nötige zu tun. (...) Ich fand es auch immer schwierig, im echten Sinne des Wortes Lobbyist zu sein für Leute, die einem ja selber vorspiegeln: ‘Ihr habt uns eigentlich verraten.’“

sagt Jeschonnek.²⁹⁴

2.3. Die ‘Dableiber’

Die Rhetorik der ‘Dableiber’ ist wie die der Ausreiser ebenfalls von Argumentationsstrategien geprägt. Verallgemeinernd wird die Opposition so dargestellt, als habe für sie die Überlegung des ‘Dritten Weges’ in einer bestehenbleibenden DDR kaum eine Rolle gespielt. Dadurch soll ein Makel abgestreift werden, der den Op-

²⁹² Bd. VII, 1, Vgl. Neubert, S. 351 und Hilse, S. 392.

²⁹³ Vgl. Jeschonnek, ebenda, S. 399.

²⁹⁴ Neubert, ebenda, S. 381.

positionellen seit 1989/90 angehängt wird. Gutzeit weist darauf hin, daß „es jetzt so scheint, als ob diejenigen, die dann sagten, bleib doch hier und kämpfe, quasi welche sind, die das System stützen wollten.“²⁹⁵ Poppe fordert deshalb eine genauere Erforschung, „weil immer vom Dritten Weg geredet wird oder daß die Opposition in der DDR angeblich nichts Besseres die ganzen Jahre zu tun gehabt hätte, als einen ‘demokratischen Sozialismus’ zu wünschen.“²⁹⁶

Das Dableiben wird auf der Gefühlsebene gerechtfertigt. Bärbel Bohley will einmal nicht

„diejenigen erwähnen, die weggegangen sind, denn manchmal sieht es fast schon so aus, als müßte man sich dafür schämen, hiergeblieben zu sein mit seinen Illusionen, seinen Gedanken, seinen Vorstellungen, die ja auch alle immer in der Entwicklung waren.“

Karl-Heinz Jagusch war als Oppositioneller die ganze Zeit in der DDR: „Ich schäme mich dafür nicht (...) DDR war ja eine Abkürzung für ‘der doofe Rest’, wie es mal hieß. Ich möchte mich nicht zu diesem ‘doofen Rest’ zählen.“²⁹⁷

Die Dableiber stellen vielmehr das Handeln der Antragsteller in Frage und stilisieren sich zu Opfern der Ausreisebewegung. Die Opposition sei in ihrer Wirkung durch den Weggang der Antragsteller geschwächt worden, „weil aus dieser Szene, aus der mobilisierbaren Szene, wo auch Opposition entstehen konnte, immer sehr viel abgeflossen ist.“ Die Abwanderungsbewegung von fundamentaloppositionellem Potential, der Verlust von Freunden und Mitstreitern, habe bis zum Ende der DDR nicht aufgehört und, wie Eckert aus eigener Erfahrung bestätigt, die Opposition auch moralisch geschwächt, denn bei jedem Abschied sei „das bittere Gefühl des Verlassenseins“ geblieben.²⁹⁸ Gutzeit deutet an, daß die Dableiber die Hauptakteure des Systemumbruchs waren: „Wenn noch mehr von denen, die damals da waren, gegangen wären - was wäre dann nachher am Ende der achtziger Jahre an Potential noch übrig geblieben.“²⁹⁹

²⁹⁵ Vgl. Gutzeit, ebenda, S. 370.

²⁹⁶ Poppe, Bd. VII, 1, S. 371.

²⁹⁷ Vgl. Bohley, ebenda, S. 278 u. Jagusch, S. 152 (Erste Öff. Anhörung).

²⁹⁸ Vgl. Eckert, ebenda, S. 408. Er ist der einzige Zeitzeuge, der dageblieben ist.

²⁹⁹ Vgl. Gutzeit, ebenda, S. 237 (Erste Öff. Anhörung) und S. 369 f.

Die Oppositionellen suchen die Schuld für ihre Distanzierung gegenüber den Antragstellern ausschließlich bei diesen. Edelbert Richter sagt, er habe damals das Gefühl gehabt, „daß sie nicht mitkämpfen woll(t)en, daß sie sich drückten.“³⁰⁰ Und wenn es zu einer Zusammenarbeit kam, sei die Opposition durch „das Mißtrauen unterhöhlt (worden), der andere könnte sich eventuell nur deshalb einem Kreis anschließen, um auf diesem Weg schneller hinauszukommen.“³⁰¹ Oft habe das Gefühl vorgeherrscht, „daß viele, die weggegangen sind (nicht alle, gewiß nicht alle), bis zum letzten Tage angepaßt waren, dann den Ausreiseantrag stellten und weggingen.“³⁰²

So gilt das Verhalten der Ausgereisten in der Bundesrepublik als Beleg für ihren mangelnden Willen, sich zu engagieren: „Wo blieb eigentlich deren Protest? Wo blieb eigentlich dann deren Abstimmung dort, wo sie hingekommen sind?“ Die Kontakte zu den Oppositionellen seien abgebrochen, stellt Eckert fest: „Nur in ganz seltenen Fällen gab es von den Ausgereisten für die in der DDR Gebliebenen Unterstützung etwa bei der Beschaffung von im Osten verbotener Literatur.“³⁰³ Während er das Ende der DDR als Bestätigung des eigenen Handelns auffaßt, belegt es zugleich, daß Ausreisen der falsche Weg war: „So hat am Ende der Zusammenbruch noch zu einer späten Rechtfertigung des Nichtausreisens aus der DDR beigetragen.“³⁰⁴

2.4. Die Bewertung der Kommission

Die Politiker und Sachverständigen der Enquete-Kommission sowie die Autoren der Expertisen nehmen den Konkurrenzkampf der ‘Ausgereisten’ und ‘Dableiber’ um die ‘berechtigteren’ Motive und den höheren Wirkungsgrad nur am Rande auf. So fragt Margot von Renesse: „War ihre Forderung ‘Wir wollen raus!’ gefährlicher für

³⁰⁰ Vgl. Richter (Pfarrer und Mitbegründer des Demokratischen Aufbruch), ebenda, S. 98, Erste Öffentliche Anhörung).

³⁰¹ Vgl. Eckert, Bd. VII, 1, S. 408.

³⁰² Meckel, ebenda, S. 368.

³⁰³ Vgl. Martin-Michael Passauer, ebenda, S. 52 (Erste Öffentliche Anhörung) und Rainer Eckert, S. 408.

³⁰⁴ Eckert, ebenda, S. 409.

den Bestand des SED-Regimes als die trotzige Kampfansage mit dem Satz 'Wir bleiben hier'?' Von Renesse erblickt darin eine „tragische“ Gegnerschaft, verkörpernten doch beide oppositionellen Gruppen deutliche Krisensymptome des Regimes:

„Und wer hat recht gehabt? (...) Diejenigen, die weggingen, weil sie dachten, es ändert sich nichts - und 1989 änderte sich alles -, oder diejenigen, die glaubten, dieses Land ist reformierbar, und 1989 wurde es nicht reformiert, sondern implodierte, jedenfalls das Regime?“³⁰⁵

Die Frage bleibt unbeantwortet, denn das Bemühen um eine für beide Seiten gleichberechtigte Darstellung dominiert in der Kommission. Die Wirkungen stehen dabei im Vordergrund. Während Fricke die ambivalente Wirkung der 'Abstimmung mit den Füßen' unterstreicht, betont Hilmer, daß die Ausreisenden durch die unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen sowie die indirekten Wirkungen auf die Bevölkerung und die Zurückbleibenden einen sehr wichtigen „Anteil“ am Zusammenbruch der DDR hatten. Diese Aussagen berücksichtigen die Argumente der Ausgereisten und der Dagebliebenen. In Übereinstimmung mit Jesse gestehen sie beiden Gruppen eine positive Wirkung zu: „Die kommunistische Diktatur ist nicht nur durch die Opposition innerhalb der DDR zusammengebrochen, sondern auch durch jene, die ihr den Rücken zuehrten.“³⁰⁶

Der Ausreisebewegung eine systemdestabilisierende Wirkung zuzuschreiben, ist zugleich die Voraussetzung dafür, sie als eine Form oppositionellen und widerständigen Verhaltens anzuerkennen. In der Kommission finden sich nur Plädoyers für diese Anerkennung; Stimmen dagegen gibt es nicht, oder sie werden nicht laut.³⁰⁷

³⁰⁵ v. Renesse, Bd. VII, 1, S. 316 u. 405.

³⁰⁶ Vgl. Fricke, ebenda, S. 22 (Erste Öffentliche Anhörung); Hilmer, S. 330 u. Expertise Jesse, S. 989.

³⁰⁷ Eckert z.B. erwähnt in seiner Expertise Ausreise nicht als Form oppositionellen Verhaltens. Vielmehr fordert er, die Fluchthilfe zu erforschen. Vgl. S. 687. Im Aufsatz „Widerstand und Opposition in der DDR. Siebzehn Thesen“ äußert er sich sehr skeptisch zur Wirkung der Ausreisebewegung. Sie hätte die DDR zwar wirtschaftlich destabilisiert, aber zugleich stabilisierend gewirkt, da das oppositionelle Potential in den Westen abgeflossen sei. Die Antragsteller hätten die Möglichkeit aktiver Veränderung in der DDR aufgegeben. Zu fragen sei, ob sie die oppositionellen Gruppen der DDR von der Bundesrepublik aus unterstützt hätten. Ob Eckert der Ausreisebewegung einen oppositionellen Status zuspricht, bleibt offen, ist aber fraglich, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Bd. 1 (1996), S. 49-67, insb. S. 57 f. Laut Hubertus Knabe trifft für die Ausreisebewegung der Oppositionsbegriff nicht zu, da sie nicht auf eine Änderung der Verhältnisse in der DDR zielte, in: Was war die 'DDR-Opposition'? S. 192. Demgegenüber betont Bernd Eisenfeld die Vielfalt politischer Aktivitäten der Antragsteller. Ausreise sei deshalb als Erscheinungsform widerständigen Verhaltens in der DDR zu bewerten. Vgl. B. Eisenfeld: Die Ausreisebewegung - eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens, in: Ulrike Poppe u.a. (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, a.a.O., S. 192-223. Vgl. darüberhinaus einzelne Kapitel von Ehrhardt Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR, Dissertation an der FU Berlin (1997).

So sieht der Kommissionsbericht in der 'Abstimmung mit den Füßen' in der Ulbricht-Ära durchaus eine Erscheinungsform oppositionellen Verhaltens, „auch wenn das Motiv zur Flucht nicht immer ein im engeren Sinne politisches gewesen ist“ und „das soziale Potential abgebaut wurde, aus dem sich Opposition und Widerstand rekrutieren konnten.“³⁰⁸ In der Honecker-Ära sei der Ausreiseantrag zum Stimmzettel gegen den DDR-Sozialismus geworden, so daß es „unerläßlich ist, in den massenhaften Ausreisebemühungen auch eine neue Form oppositionellen Verhaltens zu sehen.“ Beispielhaft werden der Zusammenschluß ausreisewilliger Risaer Bürger und die späteren Selbsthilfegruppen von Ausreiseantragstellern genannt.³⁰⁹

Es soll der Eindruck einer relativ homogenen, politisch motivierten Bewegung erweckt werden. Während Jander die ausreisenden DDR-Bürger auf Grund ihrer ökonomischen und politischen Motivation sowie ihrer christlichen und nichtsozialistischen Orientierung als politische Opposition anerkennt, bezeichnet Jesse die Antragsteller als „die sicherlich größte oppositionelle Gruppe innerhalb der DDR: die sogenannten 'Republikflüchtigen'.“ Ohne zwar eine eigene Gruppe zu bilden, wären sie doch in allen übrigen oppositionellen Bewegungen anzutreffen gewesen - früher oder später. Gerade sie hätten „auf die deutlichste Weise ihre Ablehnung des SED-Systems“ manifestiert.³¹⁰

Während Jesse die politische Beteiligung Ausreisewilliger in oppositionellen Gruppierungen übertreibt, gibt der Bericht Abweichungen zu: „Fast“ alle Motive in der Flucht- und Ausreisebewegung ließen sich „auf den gemeinsamen Nenner einer Ablehnung des 'realen Sozialismus' in der DDR bringen.“ Ob die Flucht - und Ausreisebewegung im Jahre 1989 als eine Form des Massenprotestes gelten kann, sei strittig. Für ihre Bewertung als Massenprotest aber „sprechen die Wirkungen dieser Bewegung im Sommer und Herbst 1989 sowie die in den meisten Fällen festzustellende Ablehnung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR“³¹¹. Diese Angaben sind unklar und lassen einen weiten Interpretationsspielraum zu, der die Frage aufwirft, was 'Ablehnung des realen Sozialismus' bedeutet, und was 'strittig' ist.

³⁰⁸ Vgl. Bericht, S. 572 f.

³⁰⁹ Vgl. Bericht, S. 582 u. 595.

³¹⁰ Vgl. Expertise Jander, S. 931 f. und Expertise Jesse, S. 999 f. u. 1018.

³¹¹ Vgl. Bericht, S. 607 ff. Gegen die Bewertung der Ausreisebewegung als Form des Massenprotestes spricht sich Kowalczuk aus, vgl. Expertise, S. 1264.

Eine derart unklare Aussage läßt die Vereinnahmung der Ausgereisten als glühende Anhänger der Bundesrepublik und der Vereinigung zu. So fragt Wilke:

„Würden Sie die Hypothese teilen oder würden Sie ihr widersprechen, daß alle diese Flüchtlinge, die aus der DDR in die Bundesrepublik gekommen sind, auch wenn sie offenkundig wenig politische Spuren hinterlassen haben, doch (...) wie eine ständige Steinzufuhr waren für den Damm der politischen Kräfte, die gegen die Veränderung der Präambel des Grundgesetzes, gegen die endgültige Anerkennung der DDR gewesen sind und an der Perspektive der Einheit der Nation festgehalten haben?“³¹²

Diese verallgemeinernde Einschätzung läßt außer acht, daß DDR-Bürger trotz Flucht oder Ausreise an einem Weiterbestehen der DDR interessiert gewesen sind, wie Poppe andeutet: „Die DDR abzulehnen, bedeutete ja damals auch nicht automatisch eine bedingungslose Zustimmung zur Bundesrepublik.“³¹³ Poppe wehrt sich mit dieser Äußerung gegen die konservativ-politische Vereinnahmung der DDR-Gegner beziehungsweise der Übersiedler und vertritt zugleich seine eigenen politischen Interessen.

Insgesamt fällt die unterschiedliche Beurteilung der Ausreisebewegung in der Anhörung auf. Die wissenschaftlichen Vorträge zu Beginn der Anhörung erstellen ein positives Bild sowohl der Ausreiseantragsteller als auch der Reaktion der Bevölkerung in der DDR und in der Bundesrepublik. Nach Untersuchungen von Volker Ronge bildeten die Antragsteller zumindest noch Mitte der achtziger Jahre eine „Elite-Auswahl“ der DDR-Bevölkerung, weshalb ihre Integration in die Bundesrepublik als „tatsächlich weitgehend erfolgreich gelungen“ bezeichnet werden könne.³¹⁴ Richard Hilmer (Infratest Berlin) stellt fest, die Reaktion der Westdeutschen auf die Übersiedler sei überwiegend so positiv gewesen, daß letztere sich „von Anfang an vergleichsweise heimisch fühlten.“ Sie hätten die Westdeutschen für die Situation in der DDR sensibilisiert. Dort wiederum hätte die Bevölkerungsmehrheit Verständnis für den Ausreisewunsch geäußert.³¹⁵

Das positive Bild der Ausreisebewegung wird nur durch zwei Feststellungen geschmälert. Zum einen sei die politische Opposition „sicherlich des öfteren“ durch die

³¹² Manfred Wilke (Sachverständiger), Bd. VII, 1, S. 372 f.

³¹³ Poppe, ebenda, S. 370.

³¹⁴ Vgl. Ronge, ebenda, S. 336 f.

³¹⁵ Vgl. Hilmer, ebenda, S. 327 ff. mit Daten von 'Infratest' Berlin.

Ausreise geschwächt worden. Relativierend heißt es dann aber, die Übersiedler seien „ein andauernder Stachel im Fleische der DDR gewesen.“ Zum anderen hätten die Antragsteller unter der Verfolgung des MfS bis in die Bundesrepublik hinein zu leiden gehabt.³¹⁶

Die Antragsteller und Ausgereisten stellen ihre Verfolgung durch das MfS heraus. Jedoch betonen sie im Gegensatz zu den Einschätzungen in den Vorträgen die vielfältigen Schwierigkeiten ihres Weges: die mangelnde Akzeptanz der Bevölkerung in der DDR und das fehlende Interesse der Westdeutschen sowie die mühselige berufliche Integration. Sie wollen damit dem Vorwurf der oppositionellen Gruppen entgegentreten, sie hätten den leichten Weg gewählt: „Insofern war es für die, die in den Westen gekommen sind, nicht nur toll und nicht nur besser als für die, die im Osten geblieben sind, in ihrer sozialen Umgebung, in ihrer Wohnung usw.“³¹⁷ Das versteckte Ziel ist die Anerkennung des ‘oppositionellen Status’.

³¹⁶ Vgl. Hilmer, S. 329 und Hansjörg Geiger (Direktor beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR), Bd. VII, 1, S. 316-321, insb. S. 320.

³¹⁷ So die Zeitzeugin und Ausgereiste Sybille Schönemann, ebenda, S. 357.

V. Die Rezeption in den Printmedien

Die beiden Öffentlichen Anhörungen zu Opposition und Widerstand in der DDR fanden nur geringen Widerhall in den Medien: Während nach der ersten Anhörung nur acht Berichte in überwiegend ostdeutschen Zeitungen erschienen, waren es nach der zweiten immerhin fast doppelt so viele in überregionalen, regionalen und lokalen Tages- sowie Wochenzeitungen.³¹⁸ Die Wochenzeitungen 'Der Spiegel' und 'Die Zeit' sowie wichtige überregionale Tageszeitungen wie die 'FAZ' reagierten jedoch nicht auf das Thema. Dies mag seinen Grund darin haben, daß die nachfolgenden Sitzungen der Enquete-Kommission im Mai und Juni 1994 sich konfliktträchtigeren Themen (Die beiden Diktaturen in Deutschland und die Verabschiedung des Abschlußberichts) zuwandten.

1. Die Breite von Opposition und Widerstand

Die Öffentliche Anhörung über 'Motivationen, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens' fand am 15. und 16. März 1994 in Jena statt und widmete sich zu einem Teil der Jenaer Opposition. Die lokale Bedeutung war der Ausschlag dafür, daß sich vier von acht Zeitungsartikeln in der 'Ostthüringer Zeitung' niederschlugen und jeweils einer im 'Neuen Deutschland' und in der 'Neuen Zeit', ebenfalls ostdeutsche Tageszeitungen. Es verwundert nicht, daß darüber hinaus die linksliberale Tageszeitung 'Frankfurter Rundschau' und die Wochenzeitung 'Das Parlament' berichteten, erstere aufgrund des Interesses an Bürgerbewegungen, zweitere als Berichterstatteerin über Belange des Parlaments.

³¹⁸ Hier wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Die Artikel sind den Pressearchiven des SFB/Berlin, der 'TAZ' und des Fachbereichs für Politische Wissenschaft der Freien Universität entnommen sowie einer umfangreichen Presse- und Materialsammlung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Berichte kleiner Lokalzeitungen über die Anhörung in Jena sind nicht berücksichtigt worden.

Die Begriffsvielfalt aus der Anhörung reduzierte sich in den Zeitungsartikeln im wesentlichen auf die Begriffe Opposition und Widerstand.³¹⁹ Die Begriffsdiskussion wurde nur im umfassenden Bericht der konservativen Tageszeitung 'Neue Zeit' wiedergegeben: Schwierigkeiten seien schon im Begrifflichen festzustellen. Allerdings beschränkt sich die Wiedergabe hier auf den 'DDR-kompatiblen' Resistenzbegriff von Martin Broszat und die auf ein engeres Begriffsverständnis angelegten Termini der politischen Opposition und Dissidenz von Christoph Kleßmann. Da es ab 1961 innerhalb der DDR allerdings nicht mehr um die Überwindung des Systems gegangen sei, bezeichnet die 'Neue Zeit' die Formulierung 'unabhängige politische Bestrebungen' von Hubertus Knabe als angemessener für die vom Sozialismus geprägte Generation.³²⁰ Da dieser Begriff während der Kommissionssitzung nur am Rande gefallen war, hat es eine besondere Bedeutung, daß der Autor der 'Neuen Zeit' diesen Terminus wählt. Er wendet sich hauptsächlich der Generation nach 1961 zu, um sie in ihrem „Fundamentalirrtum“ zu kritisieren: Die Basis- und Kirchengruppen „kultivierten (...) bleibende Vorbehalte gegen die westliche Demokratie, wenngleich sie ein schlüssiges Gegenmodell nicht hatten und haben.“ Dabei wird für den Leser nicht ersichtlich, ob es sich um die Meinung der Enquete-Kommission oder des Autors handelt. Vor dem historischen und politischen Hintergrund der Zeitung (ehemalige Zeitung der 'Blockflöten-Partei' CDU, nach der 'Wende' konservativ ausgerichtet) liegt es nahe, daß der Autor eine generalisierende Abwertung der DDR-Opposition vornimmt, um von dem angepaßten Verhalten der CDU in der DDR abzulenken oder es durch eine generelle Abwertung der Opposition zu relativieren.

So greifen die Zeitungsartikel zwar nicht die Begriffsvielfalt, aber die von der Kommission hervorgehobene Vielfalt von Opposition und Widerstand in der DDR auf. Die Ostthüringer Zeitung rühmte nicht nur die „Geschichte der Jenaer Opposition in ihrer ganzen Breite“, sondern betitelte einen weiteren Artikel mit

³¹⁹ In der 'Frankfurter Rundschau' (FR) finden sich noch die Begriffe 'widerständiges Handeln' und 'ziviler Ungehorsam'. Vgl. Karl-Heinz Baum: Eine Postkarte, seltener als die blaue Mauritius. Geschichten vom zivilen Ungehorsam in Jena, vom Widerstand gegen die DDR-Gewaltigen, der auch Spaß machte, in: FR vom 29.3.1994.

³²⁰ Vgl. Thomas Bickelhaupt: Die Wahrheit zwischen zwei Polen. Die Enquete-Kommission des Bundestages diskutierte in Jena über vier Jahrzehnte Opposition und Widerstand in der DDR, in: Neue Zeit, 19.3.1994, S. 27.

„Eppelmann: Bild über Widerstand in der DDR korrigieren. Enquete-Kommission in Jena: Opposition gegen SED war nicht nur auf Bürgerbewegte beschränkt.“ In der DDR habe es „zu allen Zeiten Widerstand“ gegeben. Nach Eppelmann müsse das Bild korrigiert werden, „daß da 13 Millionen erwachsene DDR-Bürger total angepaßt waren und es bis auf ein paar Bürgerbewegte keinen Widerstand gab“. So habe es „Anfänge“ oppositionellen Verhaltens vereinzelt sogar in der SED und den Blockparteien gegeben³²¹ - eine Tatsache, die eine ostdeutsche Zeitung kaum genug hervorheben kann, um ihren Lesern ein die DDR-Bevölkerung entlastendes Bild zu vermitteln.

Auch die 'Neue Zeit' benennt unter Berufung auf Eppelmann „die unterschiedlichsten Formen von oppositionellem Verhalten in der DDR“ bis hin zu innerparteilicher Opposition. Sie verwehrt sich jedoch gegen eine „Überbetonung Jenas als Hort massiven Widerstands“.³²² Das offenbart Konkurrenzkämpfe, aber dasselbe Bestreben, die ostdeutsche Bevölkerung von dem Ruf und Selbstbild früherer Angepaßtheit zu befreien.

Einen anderen Akzent setzt die ehemalige SED-Zeitung 'Neues Deutschland' (ND). Unter dem Titel „Enquete-Kommission suchte nach Widerstand in der DDR - bei den Blockparteien vergeblich“ stellt es in kritischem Tonfall zur Opposition in Jena fest: „Hier zerrten vielerlei Oppositionsnester am Nerv der DDR-Führung.“ Der Autor nennt Beispiele des Widerstandes, die diesen mehr diskreditieren als würdigen: Eine Lehrerin, die sich in der Anfangszeit der DDR im Zusammenhang mit dem umstrittenen und rechts-konservativen „westdeutschen Bund deutscher Jugend“ (BDJ) engagierte. Gleichzeitig verkürzt er die Ausführungen der Enquete-Kommission zum Thema Widerstand der Parteien: „Dem Widerstand einzelner, so machte das Jenaer Forum deutlich, hatten die politischen Parteien in der DDR nichts beizusteuern.“ Er 'vergißt', ihren Widerstand Anfang der fünfziger Jahre zu erwähnen. Geschichte dient hier der Diskreditierung politischer Gegner, um die eigene Klientel ehemaliger SED-Anhänger und heutiger PDS-Wähler zu bedienen: „Trotz konservativ-liberaler Regierungsgewalt in den meisten neuen Bundesländern kam

³²¹ Frank Döbert: Hauptmotiv: Nicht in der Lüge leben. Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hörte Jenaer Oppositionelle an. Widerstand in ganzer Breite dokumentiert - Untersuchungsausschuß für Thüringen gefordert. Und: Eppelmann..., beide Artikel in: Ostthüringer Zeitung, 17.3.1994.

³²² Vgl. Neue Zeit, 19.3.94.

Eppelmann nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß nur ein einziges Mal Block-Opposition in der Volkskammer zu erleben war.³²³

Abgesehen von der Bewertung des ND lautet jedoch die Gesamtaussage der ost- wie westdeutschen Presse

„besonders in Richtung Westen, daß die DDR-Bevölkerung eben nicht die homogene Masse opportunistischer Mitläufer war, sondern daß (es) überall durchaus auch autonomes Leben gab. Es brachte nicht nur überzeugte Ja-Sager oder Duckmäuser hervor, sondern auch die unterschiedlichsten Formen des Widerstandes, von innerer Emigration bis hin zum offenen Konflikt mit der Staatsmacht.“³²⁴

Die auf die Vielfalt oppositionellen Verhaltens zielende Darstellung der Enquete-Kommission (die ebenfalls 'innere Emigration' im Bericht nennt) findet in der Presse im Wesentlichen positive Resonanz. Zugleich zeigen sich Versuche der positiven oder negativen Vereinnahmung bestimmter Oppositionsgruppen sowie einseitige Darstellungen.³²⁵

2. Die Ausreisebewegung

Auf die zweite Anhörung zum Thema Flucht und Ausreise am 11. April 1994 reagierten die ost- und westdeutschen Medien mit größerem Interesse.³²⁶ Das liegt daran, daß sowohl die DDR als auch die Bundesrepublik von der Ausreisebewegung betroffen waren und diese einen Verbindungspunkt zwischen beiden Staaten und Bevölkerungsteilen bildete. Zudem sind Flucht- und Ausreisegeschichten durch die ihnen innewohnende Dramatik begehrte Objekte der Berichterstattung.

³²³ Holger Elias: Eppelmann streute Pfeffer in offene Wunden. Enquete-Kommission suchte nach Widerstand in der DDR - bei den Blockparteien vergeblich, in: ND, 18.3.1994.

³²⁴ Reinhild Rubin: Der Mut zum abweichenden Verhalten in der DDR. Geschichte der Opposition gegen die SED - ein Hearing in Jena, in: Das Parlament, Nr. 12-13, 25.3./1.4.94, S. 17.

³²⁵ So versucht die FR, die 68er-Bewegung an der 'Beseitigung' der DDR mit dem Hinweis zu beteiligen, „daß die 68er Studentenbewegung im Westen und die Niederschlagung des Prager Frühlings Widerstandshandlungen auslösten (...). Nicht wenige dieser DDR-68er waren maßgeblich am Ende des zweiten deutschen Staates beteiligt.“ FR, 29.3.94.

³²⁶ Artikel erschienen in: Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau und Stuttgarter Zeitung, Die Welt (2), Tagesspiegel, Berliner Zeitung, die tageszeitung (TAZ), Neues Deutschland (2), Neue Zeit, General-Anzeiger, Kölner Stadt-Anzeiger, Ostsee-Zeitung und Das Parlament.

Das herausragende Merkmal aller Zeitungsartikel ist, welche Bedeutung sie der Staatssicherheit der DDR beimessen. Sie informieren ausführlicher über den Umgang des MfS mit den Antragstellern als über diese selbst.³²⁷

Die Zeitungsberichte berufen sich auf die Aussagen des Beauftragten für die Stasi-Unterlagen Hans Jörg Geiger zum umfassenden Kontrollanspruch des MfS. Die Stasi habe bei der Schikanierung der Antragsteller „mit allen gesellschaftlichen Gruppen und Organen der DDR“ zusammengearbeitet. „Auch das Denken sollte kontrolliert werden“, titelt selbst das Neue Deutschland.³²⁸ Wie der General-Anzeiger berichtet, habe Geiger als „besonders schäbig“ gewertet, daß die Stasi die ausgereisten DDR-Bürger über die Inoffiziellen Mitarbeiter im Westen weiterschikanierte.³²⁹

Im Zusammenhang mit den Fallbeispielen der vom MfS verfolgten und unterdrückten Antragsteller sowie Übersiedler entsteht so einerseits ein Negativ-Bild der DDR, zum anderen ein positiv überhöhtes jener Menschen, die die DDR verließen oder ausreisen wollten. In verallgemeinernder Weise werden sie als pro-kapitalistisch vereinnahmt: „Trotz der Mauer war es der Wille der Menschen, kapitalistisch zu leben“, zitiert der konservative Bonner ‘General-Anzeiger’ die undifferenzierte Äußerung des Bundesbeauftragten Geiger.³³⁰ Und die konservative Tageszeitung ‘Die Welt’ instrumentalisiert die Ausreisebewegung, um Zweifel an dem mit der Vereinigung eingeschlagenen Kurs zu beseitigen. „Fehlende Freiheit und Gängelung durch die DDR-Diktatur“ hätten die Menschen in die Flucht getrieben und in den Montags-Demonstrationen gegipfelt: „Wäre es nicht gut, sich manchmal dieser Ursprünge zu erinnern? Um sich der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges bewußt zu werden.“³³¹

So einseitig die oben genannten Artikel berichten, so weisen doch zwei Berichte auf die Diskrepanz zwischen den wissenschaftlichen Vorträgen und dem Bericht der

³²⁷ Vgl. z.B. Die Welt, 12.4.94: Kommission: Stasi erforschte auch das Denken.

³²⁸ Katrin Hillgruber: Kinder wurden von ihren Eltern getrennt. Zermürbt durch ständige Gängelung: Geflüchtete Zeitzeugen berichten über Schikanen der Staatssicherheit, in: Süddeutsche Zeitung, 22.4.94 und Wolfgang Hübner: Auch das Denken sollte kontrolliert werden. Enquete-Kommission des Bundestages befaßte sich mit Flucht und Ausreise aus der DDR, in: ND, 13.4.94.

³²⁹ Joachim Rogge: Der Weg in den Westen führte oft durch die Hölle. Zeitzeugen berichten der Enquete-Kommission des Bundestages über ihre Erlebnisse bei Ausreise und Flucht aus der DDR, in: General-Anzeiger, 12.4.94.

³³⁰ General-Anzeiger, 12.4.94.

³³¹ Vgl. Peter Philipps: Nicht vom Brot allein, in: Die Welt, 12.4.94.

Zeitzeugen in der Anhörung hin: „Akademische Realitäts-Wahrnehmung und gelebte Wirklichkeit klappten (...) gelegentlich nicht unerheblich auseinander“, stellt der 'Kölner Stadt-Anzeiger' fest.³³² Die Integration der DDR-Übersiedler in das Arbeitsleben und die Gesellschaft der Bundesrepublik ist nach Auffassung des 'Tagesspiegel' nicht so reibungslos verlaufen, wie von Vertretern der Westsoziologie in der Anhörung dargestellt worden ist. Der Autor mißtraut den Studien, die „seinerzeit meist (...) im Auftrage des Bonner Ministeriums für Innerdeutsche Beziehungen“ gefertigt worden sind. Es verwundere nicht, daß die geladenen Zeitzeugen „sich in diesen sehr allgemeinene Einschätzungen nicht recht wiederfanden sowie ein wesentlich verwickelteres und gebrocheneres Bild zeichneten.“³³³ Allerdings versäumen die Autoren, selbst eine differenzierte Darstellung der Erfahrungen und Hintergründe von Ausreisestellern und Übersiedlern vorzunehmen. Sie weisen zwar auf Widersprüchlichkeiten hin (die im Kommissionsbericht keine Berücksichtigung finden), stellen aber mit Hilfe geeigneter Fallbeispielen die Ausreisewilligen einseitig als Opfer dar. Hier soll der Eindruck vermittelt werden, als hätten alle Antragsteller unter schwersten Repressionen zu leiden gehabt. Ob Ausreise als Akt der Opposition gilt, fragen diese Artikel explizit nicht. Hinter der Art und Weise der Darstellung - der Wechselwirkung und Verfolgung der Ausreisewilligen durch das MfS - ist jedoch die Zustimmung zu dieser Frage zu vermuten.

Nur wenige Beiträge in den Zeitungen (unterschiedlichster politischer Couleur) werfen ausdrücklich die Frage auf, wie die Ausreise einzuordnen sei: „Lockte nur die westliche Konsumfreiheit, war die Ausreise ein Akt der Opposition oder waren die Übersiedler in der Mehrzahl 'ganz normale Bürger ohne nennenswertes politisches Engagement'?“ Der Autor der 'Ostsee-Zeitung' vermeidet eine klare Antwort. 1984 seien die Motive für die Ausreise überwiegend politischer Art gewesen, 1989 hätten wirtschaftliche Gründe im Vordergrund gestanden.³³⁴ Auch 'Das Parlament' bleibt unentschieden. Die politischen Ursachen dürften zwar im Vordergrund ge-

³³² Harald Biskup: „DDR-Flucht rangierte für Stasi hinter Massenmord“, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 12.4.94.

³³³ Vgl. Martin Gehlen: Der Weg in den Westen war schwer und schmerzvoll. Anhörung von ehemaligen DDR-Übersiedlern, in: Der Tagesspiegel, 12.4.94.

³³⁴ Da im darauffolgenden Absatz von den „bis heute andauernden Repressalien“ berichtet wird, ist anzunehmen, daß der Redakteur Ausreise als politischen und oppositionellen Akt begreift. Vgl. Ostsee-Zeitung: Stasi wollte Ausreisen unbedingt vereiteln, 12.4.94.

standen haben, zugleich aber hebt der Artikel hervor, daß die Ausreise das oppositionelle Potential der DDR geschwächt habe.³³⁵ Für die 'Neue Zeit' bleibt „die wohl kontroverseste Frage dieses Themenkomplexes“ ungeklärt oder zumindest unentschieden. Noch sei nur ein „vorsichtiges Fazit“ möglich: „Man wird die Ausreise letztlich weder als konsumorientierte Flucht verdammen noch als einzig konsequente Kritik am Sozialismus glorifizieren können.“³³⁶

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Berichte in den Zeitungen die Kommissionen unkritisch weitertransportieren: Über seine verurteilenswerte Praxis hinaus wird das MfS zum negativen Aushängeschild der DDR oder zum entlastenden Sündenbock. Sein menschenverachtendes Handeln gegenüber der Ausreisebewegung wird dazu verwendet, dieser einen mythischen Glanz zu verleihen und diese in die Nähe der Opposition zu rücken. Darüberhinaus greifen Zeitungsartikel kritisch Konflikte auf, die in der Anhörung zwar zutage traten, aber im Bericht kaum erwähnt werden. Es handelt sich um die unterschiedliche Einschätzung, welche Schwierigkeiten die Antragsteller beziehungsweise Ausgereisten mit ihrem alten und neuen Umfeld hatten sowie um ihren Konflikt mit den Oppositionsgruppen. Denn letztlich gehe es um die für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte neuralgische Frage, inwiefern die Ausreiser zum Zusammenbruch der DDR beigetragen haben.³³⁷ Diese Artikel durchbrechen die generelle geschichtspolitische Bewertung der Kommission.

³³⁵ Vgl. Jan v. Flocken: „Ausreiser oder Ausreißer?“ Enquete-Kommission „SED-Diktatur“, in: Das Parlament, Bonn, 22.4.94.

³³⁶ Vgl. Ralf Schuler: Der Ausreiseantrag - konsequente Kritik oder bequeme Flucht vor Problemen. Die Enquetekommission des Bundestages befaßte sich mit der Fluchtbewegung aus der DDR. Ein großer Teil der Übersiedler kam aus dem Bezirk Dresden in die Bundesrepublik, in: Neue Zeit, 12.4.94.

³³⁷ Vgl. Anita Kugler: Der letzte macht das Licht aus. In Berlin beschäftigt sich die Enquete-Kommission mit der Flucht- und Ausreisebewegung aus der DDR, in: TAZ, 13.4.94.

VI. Zusammenfassung

Die Untersuchung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ hat bestätigt, daß sowohl die Entstehung dieser in der Geschichte der Bundesrepublik einzigartigen Institution als auch ihr Selbstverständnis sowie ihre personelle Zusammensetzung und Arbeitsweise zu einer Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit führten, die ausdrücklich eine mehr politische als wissenschaftliche Zielrichtung verfolgte. Schon die Einsetzung der Kommission war mit der politischen Absicht verbunden, ein klares Signal zu setzen innerhalb einer über die DDR-Vergangenheit zerstrittenen Gesellschaft. Die parlamentarische Auseinandersetzung mit der Benennung von Schuld und Verantwortung auf der einen Seite sowie der Würdigung und Rehabilitierung von Opfern auf der anderen Seite sollte politisch-moralische Maßstäbe setzen und darüber hinaus zu einer gesamtgesellschaftlichen „Versöhnung“ führen. ‘Integration’ und die ‘Stabilisierung’ politischer und gesellschaftlicher Verhältnisse sind die Stichworte, um die es insbesondere nach politischen Systemumbrüchen geht. Diese Grundannahme des geschichtspolitischen Forschungsansatzes bestätigte sich am Beispiel der Enquete-Kommission.

Zu fragen ist allerdings, ob die Enquete-Kommission den Spagat vollziehen wollte und konnte, einerseits das Ziel der „Versöhnung“ zu verwirklichen, andererseits aber die Schuldigen und Verantwortlichen für das in der DDR geschehene Unrecht zu benennen. Denn dadurch grenzte sie sich nicht nur gegenüber den früheren ‘Tätern’ ab, sondern auch gegenüber einem Großteil der PDS-Wähler. So signalisierte alsbald die Gründung weiterer Kommissionen und Foren zur Aufarbeitung der Geschichte eine mangelnde Akzeptanz der Enquete-Kommission von seiten bestimmter gesellschaftlicher Gruppierungen: Die im März 1992 von den ehemaligen DDR-Bürgerrechtlern Friedrich Schorlemmer, Wolfgang Ullmann und Wolfgang Thierse gegründeten ‘Foren zur Aufklärung und Erneuerung’ sollten die ‘Opfer-Perspektive’, die im Herbst 1992 von Wolfgang Harich ins Leben gerufene ‘Alternative Enquete-Kommission’ hingegen die ‘ostdeutsche’ Perspektive vertreten.

Zieht man zudem in Betracht, daß die Enquete-Kommission einen zeitgeschichtlichen Gegenstand bearbeitet, der mit vielen gegensätzlichen politischen Interessen besetzt ist, muß dies einer 'Katharsis' und dem vielbeschworenen Konsens der Kommissionsarbeit im Wege stehen. Der politisch motivierte Streit um Geschichte spitzte sich zudem dadurch zu, daß die Kommission ihre Arbeit erst im Vorfeld der Bundestagswahl beenden konnte. Die parteipolitischen Streitigkeiten schlugen sich in den Veröffentlichungen der Kommission besonders deutlich in den Sondervoten nieder. Angesichts dieser Umstände verkommen die Worte 'Konsens' und 'Versöhnung' zu taktischen Worthülsen, die das eigentliche Ziel der Kommission kaschieren: die klare Absage gegenüber der Theorie und Praxis des 'realexistierenden Sozialismus' zugunsten einer Festigung der demokratisch-parlamentarischen Kultur der Bundesrepublik.

Im Gegensatz zur Gesamtkommission schienen die Arbeit und die Ergebnisse im Themengebiet VI zu Opposition und Widerstand in der DDR von Konsens geprägt zu sein. Die genauere Untersuchung entlarvte diesen aber als trügerisch, ist er doch in mehrfacher Weise 'konstruiert': Zum einen dominierten in der Berichterstattergruppe aufgrund ihrer 'Zuständigkeit' die ehemaligen Oppositionellen und Bürgerrechtler der DDR sowie die der Oppositionsbewegung zugewandten Wissenschaftler. Zwangsläufig zielte das Interesse an der Auseinandersetzung mit dem Thema in eine ähnliche Richtung: die positive Darstellung und Würdigung der Opposition. Zum anderen konnte die Berichterstattergruppe die kommissionsspezifische Macht- und Arbeitsstruktur nutzen, um die Inhalte und Ergebnisse zu beeinflussen. Aufgrund ihrer weitreichenden Entscheidungsbefugnisse entschied sie nicht nur über die Vergabe der Expertisen, sondern auch über die Themen und Zeitzeugen der Öffentlichen Anhörungen. Folglich hatte die Berichterstattergruppe in der Hand, welche Akteure am Aufarbeitungsprozeß beteiligt wurden, und zu welchen Themen diese sich äußern sollten. Weiterhin zeigte sich, daß die in den drei Hauptsäulen der Berichterstattergruppe vorherrschende Arbeitsweise eine Auswahl der Inhalte und eine Veränderung in der Bewertung der Opposition begünstigte: Vertraten die wissenschaftlichen Expertisen noch ein breites Spektrum an Meinungen, so zielten die zeitzeugenorientierten Anhörungen auf die öffentliche Darstellung und Würdigung der DDR-Opposition. Der Bericht aber gab die Ergebnisse der Expertisen selektiv

wieder, indem er Meinungen übergang oder widerstreitende Bewertungen verschwieg. Er beabsichtigte im Wesentlichen, die Vielfalt von Motiven, Erscheinungsformen und Zielen oppositionellen Verhaltens hervorzuheben. Diese an sich legitime Herangehensweise, ein wissenschaftlich nicht hinreichend erforschtes Thema zunächst in seinen vielen Facetten aufzuzeigen, um in der weiteren Forschung Eingrenzungen vorzunehmen, diente hier aber einer insgesamt undifferenzierten Darstellung der Opposition. Im breiten Spektrum von der 'Ausreisebewegung' über den politisch motivierten Widerstand bis hin zur 'inneren Emigration' konnten sich sowohl die aktiven Oppositionellen und Bürgerrechtler wiederfinden, als auch weite Teile der ehemaligen DDR-Bevölkerung oder Ausreiser, die der DDR aus nicht primär politischen Motiven den Rücken gekehrt hatten. Indem der Bericht auch jenen den 'Oppositionsstatus' zuerkannte, die sich 'zwischen Anpassung und Widerstand' bewegt hatten, unterstellte er der Mehrheit eine Haltung, die die DDR nicht nur ablehnte, sondern die Vereinigung mit der Bundesrepublik wünschte.

Dieser Tenor manifestierte sich in der Begriffsdiskussion. Indem der parlamentarische Oppositionsbegriff sowie der MfS-interne Sprachgebrauch abgelehnt, die Begriffe der NS-Widerstandsforschung aber verwendet wurden, verfestigte sich das Bild des Unrechtsstaates DDR. Sprache wurde hier zum geschichtspolitischen Instrument, da mit ihrer Hilfe Deutungen transportiert werden konnten.

Die Tatsache, daß den Akteuren der Berichterstattergruppe eine relativ große 'Autonomie' für die Aufarbeitung der eigenen Belange zugestanden wurde, beruhte zum einen darauf, daß sich die großen Parteien in ihren eigenen Interessen nicht unmittelbar berührt oder bedroht fühlten. Zum anderen stimmten die genannten Arbeitsinhalte und -ziele mit dem allgemeinen Interesse der Enquete-Kommission überein: Die öffentliche Würdigung der Opposition und ihrer Bedeutung für den 'Umbruch' im Herbst 1989 konnte als 'Potential' vereinnahmt werden, dem man zugleich eine die DDR ablehnende Haltung und das Befürworten der Vereinigung unterstellte.

Der 'Sonderfall DDR' kam den Interessen sowohl der ehemaligen Oppositionsbewegung als auch der Regierungskoalition entgegen. Indem die DDR zwar mit dem Nationalsozialismus verglichen, nicht aber gleichgesetzt wurde, konnten die Bürgerrechtler im Nachhinein vor sich verantworten, daß viele von ihnen den 'Dritten

Weg', nicht aber die 'Abschaffung' der DDR gewollt hatten. Die Bundesregierung aber konnte die im letzten Jahrzehnt der DDR nur mangelhaft ausgeprägte Fundamentalgegenschaft in ihrem Sinne auslegen: Die Oppositionsbewegung hatte bis auf einige prominente Bürgerrechtler keine Helden hervorgebracht; die eigentliche 'Vollendung der Einheit' realisierte Helmut Kohl.

In der vorliegenden Untersuchung einer politischen Institution und ihrer Akteure hat sich der geschichtspolitische Frage- und Analyseansatz bewährt. Am Beispiel der 'konsensualen' Debatte über Opposition und Widerstand in der DDR bestätigte sich die These, daß unter Geschichtspolitik die im politischen Prozeß vorgenommene gezielte Interpretation von Geschichte zu verstehen ist. Dabei erwies sich die Enquete-Kommission als eine zeitlich begrenzte, öffentliche (und in Teilen des Arbeitsprozesses nicht-öffentliche) Plattform geschichtspolitischer Interpretationen, auf der ausgewählte Akteure agierten. Diese bedienten sich der Sprache als geschichtspolitisches Instrumentarium. Geschichtspolitik, so wurde offensichtlich, ist als ein sich nur zeitweilig konstituierendes Handlungsfeld zu verstehen. Zwar löste die Enquete-Kommission sowohl in ihrem Vorfeld als auch im Anschluß geschichtspolitische Kontroversen aus, aber eine Kontinuität in der Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR ergibt sich daraus nicht zwingend.

Geschichtspolitik ist zudem positiv als vielschichtiger und offener gesellschaftlicher Verständigungsprozeß zu begreifen, in dem sich zwar Deutungen der Vergangenheit durchsetzen, aber auch wieder relativiert werden können. Wie sich am Beispiel des Themas Opposition und Widerstand zeigt, wirken die in diesen Prozeß involvierten Medien sowohl unterstützend als auch 'kontraproduktiv'-kritisch hinsichtlich der Durchsetzungsfähigkeit von 'Bildern' in der Öffentlichkeit. Die Medien sind als eigenständiger Akteur im geschichtspolitischen Handlungsfeld zu bewerten.

Die Frage, welche Wirkung die Enquete-Kommission erzielt hat, und ob diese sich mit der ursprünglich formulierten Absicht der Integration und Legitimation deckt, ist auf Grund des geringen zeitlichen Abstandes bisher nur in Ansätzen zu beantworten. Zum einen scheint die Enquete-Kommission der weiteren Forschung Impulse gegeben zu haben. Zum anderen ist sie im Bundestag auf positive Resonanz gestoßen, wurde doch im Juni 1995 ihre Nachfolgerin zur „Überwindung der Folgen der SED-

Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ eingesetzt. Dies ist als Zeichen dafür zu interpretieren, daß die erste Kommission ihre integrativen Absichten nicht oder nur unzureichend verwirklichen konnte.

Auf der Tagesordnung der zweiten Enquete-Kommission steht nicht mehr das Thema Opposition, sondern unter anderem das Alltagsleben in der DDR mit der Fragestellung „Anpassung und Eigensinn“ sowie „Mittun und Verweigerung“³³⁸. Die inhaltliche Zielrichtung der ersten Kommission scheint sich damit fortzusetzen.

Die Oppositions- und Bürgerrechtsbewegung ist jedoch weiterhin Zielscheibe politischer Instrumentalisierung, wie Hubertus Knabe andeutet:

„Auf politischer Ebene gibt es manche Versuche, dem Widerstand gegen die SED-Herrschaft einen zentralen Stellenwert für das politische Selbstverständnis des vereinigten Deutschlands einzuräumen. (...) Diesem Zweck dienten zum Beispiel die von Rita Stüßmuth mitgetragene Veranstaltung ‘Eine Reverenz an Bürgermut und Widerstand’ in Berlin zum 5. Jahrestag der Besetzung der Stasi-Bezirksverwaltungen (Dezember 1994), der Besuch Helmut Kohls bei Bärbel Bohley und anderen ehemaligen Bürgerrechtlern (August 1995) oder die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an 30 ehemalige Bürgerrechtler durch Bundespräsident Roman Herzog.“³³⁹

Doch stricken ehemalige Bürgerrechtler selbst an ihrem Mythos:

„So wurde der Grund für die Beseitigung der Diktatur in der DDR in Ostdeutschland von den Ostdeutschen selbst gelegt. Die Ostdeutschen haben die SED entmachtet. Sie haben die Mauer geöffnet und sodann in freien Wahlen die Demokratie und damit die Einheit gewählt. Damit gehört dieser Prozeß in Ostdeutschland zu den besten demokratischen Traditionen, die wir in Deutschland haben: eine Angelegenheit, die durchaus identitätsstiftend sein könnte.“³⁴⁰

Ob sich dieser Mythos durchsetzt, scheint zweifelhaft: Schon jetzt ist er in der Geschichtsschreibung umstritten, und zu viele ‘Akteure’ wollen ihn für sich beanspruchen.

³³⁸ Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“: Arbeitsprogramm der Kommission, Kommissionsdrucksache Nr. 5, Bonn, 14.3.96., S. 8.

³³⁹ Hubertus Knabe: Was war die ‘DDR-Opposition’? a.a.O., S. 184 f.

³⁴⁰ Stephan Hilsberg. Identitätsmuster in Ost und West, a.a.O., S. 293.